

# VOLKS-TRIBÜNE.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzeln Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reichs zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 893 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1890.)

Redaktion und Expedition:  
S. O. (26). Oranien-Str. 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Annahme in der Expedition: Oranien-Str. 23.

Ausgabe für Speditoren:  
„Volksblatt“ Zimmer-Str. 44.

Nr. 7.

Sonnabend, den 15. Februar 1890.

IV. Jahrgang.

Die Kaiserl. Erlasse, das Kartell und die Sozialdemokratie. — Die Steigerung der Blutsteuer. — Was hat unser Militär schon gekostet? — Die „Ordnungs-Partei“. — Ländl. Wahlbeeinflussung. — Belagerungszustand und Kanonen. — Ein Boykott.

Gedichte. — Der Untergang des Kleinhändels und die Sozialdemokratie. — Sozialismus und Anarchismus. — 1000 Jahre Kerker durch das Sozialistengesetz. — Liebesgeheim der heutigen Sozialistenheher mit der Sozialdemokratie. — Die Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung. — Zur Wahlbewegung.

## Zur Beachtung!

Zur Reichstagswahl-Agitation empfehlen wir diese Nummer der „Berliner Volks-Tribüne“ allen unseren Freunden und Lesern. — Wir berechnen das Exemplar mit 10 Pfg., von 100 Exemplaren ab 8 Pfg. das Stück.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.  
Berlin S. O., Oranienstr. 23.

## An die sozialdemokratischen Wahlkomitees!

Um eine rasche und genaue Zusammenstellung aller am 20. Februar auf unsere Parteilandidaten abgegebenen Stimmen zu ermöglichen, werden die Wahlkomitees ersucht, nachdem ihnen das genaue Wahlergebnis bekannt geworden ist, dasselbe sofort per Brief an den Unterzeichneten einzuschicken und zwar auch mit Angabe der auf die gegnerischen Kandidaten gefallenen Stimmen. Diejenigen Wahlkomitees, welche bereits am Wahltag Abend oder spätestens am nächsten Tage wichtige Resultate melden können, werden gebeten, diese telegraphisch einzuschicken.

Telegramm-Adresse:  
Bebel, Dresden-Plauen.  
Für das Zentral-Wahlkomitee  
H. Bebel.

## Parteigenossen!

### Auf zur Wahl! Thut Eure volle Schuldigkeit!

Laßt in Euren Gemüthern das Bewußtsein glücken, daß Ihr am nächsten Donnerstag eine der seltenen Gelegenheiten habt, den Waffeneintritt der Arbeiterbataillone erdröhnen zu lassen, hörbar allen Nationen, welche auf diese Wahl wie auf eine Entscheidungsschlacht in dem großen Befreiungskriege des Proletariats mit Spannung schauen. Damit uns der Sieg nicht durch augenblickliche Lässigkeit verkrümmert werde, reißet durch begeisterte Thatsachen alle Halbgenossen und schlaffen Elemente mit Euch fort zur Wahlurne!

### Die kaiserlichen Erlasse, das Kartell und die Sozialdemokratie.

Ueber den Einfluß der kaiserlichen Erlasse auf den Wahlkampf sprach sich Max Schippel vor den Chemnitzer Wählern etwa folgendermaßen aus:

Man sah in den letzten Wochen allgemein einer hervorragenden Kundgebung der Regierung für die Wahlen entgegen und — warum sollten wir das verhehlen — gerade wir Anhänger der Sozialdemokratie hatten uns auf das Schlimmste gefaßt gemacht. Um so angenehmer war unsere Ueberraschung, als unter dem 4. Februar die beiden kaiserlichen Erlasse erschienen, die eine geradezu verblüffende Umwandlung der Regierungspolitik in der Arbeiterschutzfrage — offenbar aus eigenem Antriebe des Kaisers und gegen den Willen des Fürsten Bismarck — verkündeten. Diese

bezeichneten die bisher getroffenen sozialreformatorischen Maßnahmen als ihre Aufgabe nicht erfüllend, sie stellten es als weitere Pflicht der Staatsgewalt hin, „die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit zu regeln.“  
sie forderten Arbeiterausschüsse zur Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung, sie sprachen sich endlich für eine internationale Regelung des Arbeiterschutzes aus.

Dieses Regierungsprogramm — denn so muß man es trotz oder gerade wegen der fehlenden Gegenzeichnung irgend eines Ministers nennen — kam so unerwartet und war so ungewöhnlich, daß im ersten Augenblicke in bürgerlichen Kreisen die Meinungen weit auseinander gingen, wenn die Erlasse hauptsächlich als Wahlvorspann nützen würden. Heute sind wohl alle Kundigen einmütig — wenn freilich auch oft nur im Stillen — der Ueberzeugung, daß nur die Wahlausichten und das Machtbewußtsein der Sozialdemokratie dadurch steigen können, und daß diese ganze kaiserliche Kundgebung — wenn sie auch anders gemeint war — zu einem schweren Schlag gegen die Kartellparteien werden mußte und schon geworden ist.

Auch andere Parteien suchen jetzt freilich die veränderte Sachlage für sich auszubuten, aber fragen Sie doch einfach die Leute, die aus den kaiserlichen Kundgebungen jetzt Lehmnurthen für den Kartellbrüderlichen Gimpelsang machen möchten: Wer hat denn beratige Forderungen zuerst mit vollem Ernste erhoben, wer hat sie zuerst verfochten, als sie noch nicht populär waren wie heute; wer hat die Arbeitermassen für diese Forderungen organisiert und in dieser Angelegenheit das politische Gewissen der Nation überhaupt erst aufgerüttelt? Wem verdanken wir es, daß heute kein Staat und kein Staatsmann mehr um die Frage des Arbeiterschutzes mehr herum kann? Der Sozialdemokratie und immer wieder: der Sozialdemokratie. Sie war es, die durch ihre großen Gelehrten zuerst theoretisch die Bedeutung des gesetzlichen Arbeiterschutzes erwieß; sie war es, die von Anfang an den Arbeiterschutzes zum eisernen Bestandteil ihres Programms zählte; die Sozialdemokratie war es, die lange vor allen Regierungskonferenzen internationale Arbeiterkongresse zu Stande brachte, denen jetzt die Regierungen nachhinken und auf die sich jetzt der Erlaß des deutschen Kaisers beruft.

Wer aber hat jeder Ausbildung des Arbeiterschutzes stets den verhassten Widerstand geleistet? Wer hat stets die ganze deutsche Industrie und das gesamte deutsche Vaterland als bedroht hingestellt, wenn auch nur die zahmsten Vorschläge zur Abänderung der Gewerbeordnung Befreiung wärdem? Wer hat vollends die große Idee eines internationalen Vorgehens — der die „Köln. Ztg.“ heute mit einem Male einen „blenden Hauber“ zuerkennt — wer hat diese stets mit giftigem Spott und beleidigendem Hohn übergoßen? Wer hat vollends den Arbeiterkongress zu Paris — die internationalen Verhandlungen zwischen den Arbeitern aller Länder, auf die sich jetzt der kaiserliche Erlaß beruft — noch bis vor wenigen Tagen in blinder Wuth verächtigt und benutzigt? Wer hat sein Möglichstes gethan, jeden Arbeiterschutzes zu vereiteln? Das Kartell, das Kartell und immer wieder das Kartell, das ganze hierin vereinigten Fabrikanten- und Ausbeuterthum mit seinen Anhängeln von Interessensvertretungen, Werkzeuigen und Schlepenträgern.

Will das Kartell das jetzt nicht zugestehen, nun, so sind wir in der Lage, seinem beispiellos kurzen Gedächtnis etwas aus unserer eigenen Erinnerung zu Hilfe kommen zu können.

Im Anfang des Jahres 1885 brachte bekanntlich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages — nachdem sie seit 1867 schon zu wiederholten Malen die Frage angeregt hatte — einen Gesetzentwurf ein zur Weiterentwicklung der erbärmlich rückständigen deutschen Gewerbeordnung. Sofort traten die Unternehmer-Verbände und Vertretungen auf der ganzen Linie in Aktion — gegen den Arbeiterschutzes. Die Handelskammern forderten sofort allen etwaigen Sympathien für einen gesetzlichen Arbeiterschutzes durch Resolutionen und Petitionen einen Dämpfer aufzusetzen. Der Zentralverband deutscher Industrieller — komischer Weise nennt er sich gar noch Zentralverband „zur Förderung und Wahrung nationaler Arbeit!“ — wandte sich mit der ganzen Entrüstung, in die das Kapital durch die Gefährdung seines Geldbeutel veretzt werden kann, gegen diese Bestrebungen, welche „den Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter gleichmäßig zum Schaden gereichen.“ Die National-liberalen hatten sich von vornherein mit einer ganz nichtsziehenden Resolution, die zu gar nichts verpflichtete, begnügt; die liberal-konservative Mehrheit ließ es nicht einmal zur Entscheidung über die Sonntagsfrage kommen, mit welcher allein die Kommission fertig geworden war. Die Stellung des Reichskanzlers bei dieser Debatte ist bekannt. Den Normalarbeitstag — die gesetzliche Regelung der Arbeitsdauer, die jetzt der Kaiser befehlwortete — verwarf er, weil er den Lohn verringern würde. Den Aussfall beim Verbot der Sonntagsarbeit konnte „die Industrie“ nicht tragen und schließlich auch nicht der Arbeiter. Die geschädigte Industrie stellte lediglich den Betrieb ein, und eine Menge Leute „müßte sieben Sonntage in der Woche machen.“ Wenn die Arbeiter den Sonntag ihren Vergnügungen gewidmet haben, dann wird der Montag blau und am Dienstag ist die Arbeitskraft noch geringer.“ „Gar keine Arbeit zu haben, erschüttert zu sein in der Unterlage der Existenz, dem Hunger möglicher Weise gegenübergestellt zu werden, um ein Sonntagsergütlingen zu erreichen, dazu, meine Herren, werden die verbündeten Regierungen wenigstens nicht die Hand bieten, ehe sie nicht besser als jetzt informiert sind.“

Sie sehen also, m. D., die später im Kartell vereinigten Parteien, ihr Abgott und die hinter ihnen stehenden Besitzschichten, haben von Anfang an alles gethan die sozialdemokratischen Forderungen, betreffs des Arbeiterschutzes nicht zur Erfüllung gelangen zu lassen.

Genau so feindlich war 1886 ihr Verhalten, als zum ersten Male im deutschen Reichstage — und zwar wiederum seitens der giftig verfolgten Sozialdemokraten — eine Resolution zu Gunsten einer internationalen Verständigung beantragt wurde. Diese Resolution klang auch wie eine Art Erlaß an den Reichskanzler, der von der Volksvertretung ersucht werden sollte,

möglichst bald eine Einladung zu einer Konferenz an alle, hauptsächlich als Produzenten von Industrieerzeugnissen in Betracht kommenden Staaten ergehen zu lassen, um sich über die Grundzüge einer auf gleichen Grundsätzen basierten Arbeiterschutzgesetzgebung zu verständigen, welche für alle beschützten Staaten als Norm festsetzt, daß:  
1. die tägliche Arbeitszeit in allen Betrieben höchstens 10 Stunden beträgt;  
2. die Nachtarbeit für alle Betriebe mit Ausnahme solcher, wo durch die Natur des Betriebes dieselbe unumgänglich ist, aufgehoben wird;  
3. die erwerbsmäßige Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren verjagt wird.

Alles schwieg damals im Reichstage diesen Vorschlag todt, oder protestirte — wie die konservativen Abg. Vohren und Dr. Kropatschke — gegen die Möglichkeit irgend welcher internationalen Vereinbarung. Und heute sollen die Wähler die über Nacht entstandene Begeisterung derselben Leute für den internationalen Arbeiterschutzes für waschecht halten? Wie heißt das doch die Urtheilskraft selbst des blindesten Hörsens unterschätzen, daß er mit einem Male die alten Freunde und Vorkämpfer des Arbeiterschutzes schmächtig verlassen und verrathen und sich als Werkzeug der alten Feinde dieser notwendigen Sozialreform gebrauchen und mißbrauchen lassen soll! Nein, wo die Vergangenheit so klar für die Sozialdemokraten, und gegen ihre Widersacher spricht, da kann die Wirkung der kaiserlichen Erlasse auch nur eine Verstärkung der Sozialdemokratie sein.

Aber lassen wir einmal die Thätigkeit des älteren Reichstages ganz beiseite, halten wir uns nur an die Zeit, während welcher das Kartell, diese Krönung der politischen Versimpelung Deutschlands, unumschränkt herrscht — wer hat auch da mit der ganzen Wuth der gefährdeten Ausbeuterfreiheit einen wirklichen und wirksamen Arbeiterschutzes bekämpft?

Als im Jahre 1887 die Arbeiterschutzesanträge wiederum im Reichstage auftraten, erschien sofort der Zentralverband deutscher Industrieller wieder auf dem Plan, die mächtigste Interessensvertretung des industriellen Großkapitals in Deutschland, vor der die Kartellmajorität des Reichstages in Demuth erschürbt, dieser Zentralverband wandte sich damals in einer unterdeß berichtigt gewordenen Denkschrift gegen alle Reformbestrebungen, die jetzt selbst vom Kaiser als nöthig erklärt werden. Wir heben aus diesem „Monument für unserer Zeiten Schande“ nur folgende jetzt doppelt interessante Stellen hervor:

Wir verweisen darauf, daß bisher noch nicht der Versuch gemacht worden ist, den Nachweis zu führen, daß die gegenwärtige Gesetzgebung in der vorliegenden Sache unzureichend sei, oder gar schädlich wirke.

Aber gehen wir weiter! Genau so wie der vom Bourgeoisgrößtenwahn befallene Zentralverband argumentirte die „Nordd. Allg. Ztg.“, das Kanzlerblatt. Sie machte sich die hohlen, mancherlichen Einwände des Fürsten Bismarck ganz zu eigen und bezeichnete selbst die Regelung der Sonntagsarbeit im Sinne der Kommissionsvorschläge als „praktisch undurchführbar“, höchstens die Verwaltungsprovis der Lokalbehörden könne „die Sonntagsruhe gegenüber der Sonntagsarbeit erweitern, falls das Beispiel der guten Sitte (!) sich nicht zu diesem Zweck genügend wirksam erweisen sollte.“ (Jan. 1888). In einer an letzter Stelle (18. Mai 1887) wiedergegebenen langen Aufschrift meinte sie sogar, die Durchführung der Kommissionsbeschlüsse werde „hatt des beabsichtigten Schutzes ganz außerordentliche Noth, ganz außerordentliches Geld im Gefolge haben.“ Man müsse „dem Arbeiterstand dasjenige Quantum von Arbeit erhalten“, das in dem nationalen Wirtschaftsgebiete für ihn vorhanden ist. Nun, m. H., dieses „Quantum Arbeit“ bleibt so oder so — mit oder ohne Arbeiterschutzes — erhalten; aber unter dem Arbeiterschutzes braucht man zu seiner Verrichtung mehr Arbeitskräfte infolge der Einschränkung der zulässigen Arbeitszeit für jeden Einzelnen — theuere Arbeitskräfte infolge des Verbots der Kinderarbeit; der Kapitalist muß also für das gleiche Quantum Arbeit mehr zahlen; nicht das „Quantum Arbeit“ für die Arbeiterklasse geht zurück, sondern das Quantum Profit für das Kapital und das genügt dem Kapital und seinen Wortführern allerdings, ein erbitterter Feind jedes Arbeiterschutzes zu sein.

Doch hören wir noch weitere Prothesen, und zwar aus neuerer Zeit und allesamt aus dem Kartellbrüderlichen Lager. In den „Berl. Volk. Nachr.“ einer offiziellen Korrespondenz, aus welcher die ganze Provinzpresse des Kartells ihre höheren Offenbarungen bezieht, schrieb Herr Schweinburg noch im Dezember 1888 folgendes gegen das „fortgesetzte Drängen nach erweitertem Arbeiterschutzes“ — mit welchen Gefühlen wird er es heute lesen, wo man auch von höchster Seite „fortgesetzt drängt“:

„Die giftigen Wurzeln dieses Strebens werden freilich verdeckt durch die Fälle angeblich humanitärer Zwecke. . . .

Diese praktische Beurtheilung aber muß zu der Ueberzeugung führen, daß die hochgestellten humanitären Ziele von denen heute die nach so wesentlich erweitertem Arbeiterschutzes strebenden Elemente des Reichstages gebildet

werden — andere Motive wollen wir diesem Streben zunächst nicht unterlegen — am wenigsten erreicht werden können durch Beschränkung und Einengung des Erwerbes der Arbeiter.“

Gistige Wurzeln dieses Strebens — angebliche humanitäre Zwecke — eitel Blendwerk — man sieht, Herr Schweinburg konnte noch vor Jahresfrist die Worte kaum stark genug wählen, um den Arbeiterschutz in Grund und Boden hinein zu verurtheilen.

Und die biedere „Köln. Ztg.“, das nationalliberale Weltblatt, gerieth noch vor wenigen Monaten außer sich über die Rörgler und Reichsfeinde, die es nicht Wort haben wollten, „daß die Führende bei uns nicht nur besser sind als irgendwo, sondern daß sie in der Hauptsache überhaupt gut sind.“ Man müsse die Fabrikinspektorenberichte entstellen, „wenn man sie zu einer Handhabe für die Aenderung der Grundlage unserer bestehenden Gewerbegesetzgebung brauchbar machen will.“ Mit welchem Scherz muß heute die Kölnische Wetterfahne lesen, daß trotz aller Sozialreform die Zustände noch nicht gut seien und daß man nun doch an den verhöhten Arbeiterschutz herantreten müsse. Wie hat gerade die „Köln. Ztg.“ die Arbeiterauswärtigen bekämpft, deren Einführung jetzt in den kaiserlichen Erlassen befürwortet wird. Eine beratende Institution untertrage die „Autorität“ der Unternehmer. Sie „bedeutet etwas völlig Neues, in den letzten Zielen die Einführung einer konstitutionellen Verfassung in die Fabriken und Gewerbe. Deshalb muß ein solcher Anspruch zurückgewiesen werden.“

Welche vergifteten Pfeile hat ferner nicht das ganze Kartellgefunde gegen die Forderung eines internationalen Vorgehens gerichtet, als seinerzeit der Pariser Kongress die Einmütigkeit der Arbeiter aller Länder in dieser Frage bekundete! Wer hat hauptsächlich das Zustandekommen der von der Schweiz schon im Vorjahre geplanten internationalen Konferenz vereitelt? die deutsche Regierung.

Wer hat dieses Verhalten beschönigt und gebilligt? Die Kartellpresse und die großkapitalistische Interessentliquen. Die freikonserervative „Post“ führte noch am 17. Juli 1869 ausdrücklich gegen die internationale Regelung aus, daß die Arbeiterschutzfrage „völlig auf dem Gebiete der inneren Staatsgesetzgebung liege“. Heute lesen wir in der kaiserlichen Kundgebung, daß „nur durch internationale Verständigung“ ein wirklicher Arbeiterschutz möglich sei. — Die Zeitschrift „Stahl und Eisen“, das Organ der deutschen Hütten- und Eisenkönige, nahm die Einladung der Schweiz mit vollstem Hohne auf, der hoffentlich nun auch dem geplanten deutschen Vorgehen gegenüber Stand halten wird. Damals schrieb das Blatt — und die „Nordd. Allg. Ztg.“ druckte es unterthänigst nach:

Wenn international festgestellt werden soll, daß internationale Abmachungen über Arbeiterschutz praktisch unanwendbar sind, daß diese Unanwendbarkeit an jedem Ende der Frage hervorleuchtet, dann ist jedenfalls erwünscht, bei dieser Feststellung theilhaftig zu sein; wäre es auch nur, um bei erneuten Verhandlungen über Erweiterung der deutschen Arbeiterschutzbestimmungen sich darauf berufen zu können, daß bei solchen Gelegenheiten stets im Hintergrunde auftauchende Vorschlag internationaler Verständigung ein Schlagwort ist.

Also Bestätigung des Kongresses in der Hoffnung, er werde scheitern, um die erwiesene „Unmöglichkeit“ internationaler Verständigung alsdann weiter zu benutzen, jede Ausdehnung der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung abzuweisen! Das bildete damals die Parole dieser Exzellenzen der Nation, soweit sie nicht überhaupt nichts mit der Schweiz zu thun haben wollten.

Und diese selben Leute und diese selben Blätter wollen es jetzt wagen, die Wähler damit zu fangen, daß sie sich ihrer Arbeiterschutzbestrebungen rühmen? Sie sollten im Stande sein, dem Volke die Erfüllung dessen zu bringen, was sie — als sie noch frei von der Leber weg reden durften — in schmächtigster Weise verunglimpft und mit Füßen getreten haben? Die schlimmsten Böcke von gestern sollten mit einem Male die besten Gärtnere von heute geworden sein? Nein, m. D., glauben Sie doch das nicht! Beurtheilen Sie diese Kartellbrüder einfach nach ihrer Vergangenheit, beurtheilen Sie die kämpfende und ringende Sozialdemokratie nach ihrer Vergangenheit und dann, m. D., dann entscheiden Sie; für das Kartell oder für die Sozialdemokratie!

Und wenn Ihnen die Vergangenheit der deutschen Großbourgeoisie noch nicht genügt, nun, dann beobachten Sie die stille Miniarbeit, die heute schon trotz aller unterthänigsten Begeisterungshetzelei im Kartelllager gegen die Forderungen des Kaisers begonnen hat. Hätten wir heute noch einen kränklichen Monarchen an der Spitze, so wären zweifellos in Deutschland schon die Enttäuschungen angebrochen, wie in der Vatzenberg-Bismarck-Affäre; so muß man sich wohl oder übel mit stillerem Widerstande behelfen. Aber dieser Widerstand ist da — wie könnten die Leute denn auch auf einmal ihren bisherigen Standpunkt und ihre Interessen verleugnen! — und dieser stille Widerstand wird sich zweifellos wie ein Bleigewicht an die kaiserlichen Bestrebungen hängen und alle wirklichem Erfolge des neuen Programms zu verhindern suchen, wenn man zum Schein auch ein gewisses Entgegenkommen zeigen wird. Begrüßt doch die Berliner Börie die kaiserlichen Erlasse mit einer — Baissee.

Deute schon sind die Kartellblätter eifrig an der Arbeit, die Wirkung der kaiserlichen Kundgebung abzuschwächen.

Die freikonserervative „Post“ steht in den Arbeiterauswärtigen „eine ernste Gefahr“, da sie leicht zu einer „Organisation der Sozialdemokratie“ werden könnten, durch Arbeiterschutzgesetzgebung „unabhängig selbst Schäden verursacht werden.“ Am 8. Februar tritt dieselbe freikonserervative „Post“ die „großen Schwierigkeiten und Gefahren breit, die auf dem empfindlichen Wege lauern, und sie kann nicht umhin, „dem hohen Schwingen der Seele, der Vortheilhaftigkeit und Humanität, von denen jener Akt Zeugnis ablegt“, ihren „tiefen Ernst“ entgegenzusetzen.

Die nationalliberale „Köln. Ztg.“ variirt mit etwas mehr Schwung dasselbe Zankerlied des Kapitals. Sie schreibt:

Der warmblütige Idealist und der schwärmerisch angelegte Menschenfreund wird sich willig dem blendenden Jauber eines großen reformatorischen Gedankens gefangen geben.

Vor dem geistigen Auge des nüchternen Praktikers aber werden sich daneben auch die tausendfachen Schwierigkeiten emporhürten. ... Die deutsche Industrie ist schon jetzt mit einem recht gewichtigen sozialpolitischen Gepäck belastet, und jeder, der nicht die Gewohnheit hat, auf Kosten anderer den Hochherzigen zu spielen, wird sehr vorsichtig und bedächtig an die Ermöglichung der Frage herantreten, wie eine weitere Verbesserung des Loses der Arbeiter zu erzielen sei.

Wir wissen nicht, ob die „Köln. Ztg.“ auch den deutschen Kaiser zu denjenigen rechnet, welche „auf Kosten anderer den Hochherzigen spielen“ möchten, aber jedenfalls bricht hier schon ganz offen die Absicht durch zu bremsen und zu hemmen. Schreibt das Blatt doch auch ganz offen an anderer Stelle:

Es erscheint doch vernünftiger, die Kinder angemessene Arbeiten verrichten und verdienen zu lassen, als sie dem Mühseligkeit und der Verminderung preiszugeben. (Welche Fürsorge für das Wohl der Arbeiterkinder!) Wir wollen nicht Vermuthungen darüber aussprechen, was sich wohl der Sozialdemokrat Darm gedacht haben mag, als er im Reichstag verlangte, daß Kinder, richtiger wohl junge Leute, bis zum 16. Lebensjahre nicht beschäftigt werden sollten. ... Eines der hauptsächlichsten Bedenken gegen weitere Einschränkung der Kinderarbeit ist von jeher und auch jetzt die

Rücknahme auf die Eltern! ... Ein Gesetz, welches die Arbeit der Kinder im schulpflichtigen Alter ganz verbietet, würde Sorge und Noth vieler Arbeiterfamilien verlängern und die Lebenshaltung verschlechtern. Unter diesen Umständen würden auch die geschickten Kinder leiden, in ihrer körperlichen Entwicklung durch ungenügende Nahrung mehr, als durch die Fabrikarbeit. Der Einwand, daß in Folge des Ausschusses der Kinderarbeit der Lohn der Erwachsenen entsprechend steigen werde, ist nicht stichhaltig. ... Aus allen diesen Gründen sind wir zu der festen Ansicht gelangt, daß die gegenwärtige Gesetzgebung auch in Bezug auf die Arbeit der Kinder in Fabriken, allen berechtigten Anforderungen der Humanität genügt und in Bezug auf die Interessen der Industrie und auf die Wohlfahrt der Arbeiterbevölkerung die Grenze bildet, welche nicht überschritten werden darf.

Aus allen diesen Gründen erklärt sich der Zentralverband gegen jede gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit erwachsener Männer.

Also nichts, gar nichts für die Arbeiter! Nichts, gar nichts für den Arbeiterschutz! Das Kapital muß unbedingt weiter uneingeschränkt das Recht behalten, die billige Kinderarbeit von frühestem Alter an, die billige Weiberarbeit ohne Rücksicht auf Gesundheit und Sittlichkeit, die Manneskraft auf unbeschränkte Zeit ausbeuten zu können. Jede Einschränkung der alten Freiheit des Kapitals bedeutet eine Schwächung des alleinseligmachenden Profits — also fort mit jedem Arbeiterschutz!

In einem (durch die Reichstags-Kommissionsbeschlüsse angeregten) Nachtrag zu seiner Denkschrift wiederholt der Zentralverband seine feindseligen Kundgebungen gegen die Arbeiterwünsche, wovon wir in noch schärferer Form. Es heißt da z. B.:

Der Beginn der Kinderarbeit in Fabriken in möglichst frühem Alter entspricht in der Hauptsache dem Bedürfnisse der Arbeiter (!) selbst, welche ihre Kinder zum Verdienste mit heranziehen wollen. ... Wir erachten die bestehende Gesetzgebung für ausreichend und halten eine weitere Einschränkung der Kinderarbeit, als einen empfindlichen Eingriff in das Erwerbtleben der Arbeiter (!) für bedenklich.

Der Zentralverband ist einverstanden (wie gnädig von so hohen Herren) damit, daß Wöchnerinnen während 4 Wochen nach der Niederkunft nicht beschäftigt werden dürfen. Für die Fabriken ist diese Bestimmung ohne praktische Tragweite; dem Wunsche der Arbeiter dürfte sie nicht entsprechen (!)

Die Bestimmung, daß Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, in Fabriken nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen, ist unannehmbar. ... Hierin (weil Arbeiterinnen ohne Hauswesen nach der Reichstagskommission ungehäßt bleiben sollten) ist eine Förderung des uneluctablen Zusammenlebens, also der Unzufriedenheit zu erblicken.

Noch erbärmlicher fast — wenn das möglich ist — war die Haltung der Lüdenscheider Handelskammer. Die Reichstagskommission hatte für Arbeiterinnen und Kinder die spottgeringe Aenderung vorgeschlagen, daß dieselben an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen nachmittags nach 6 Uhr nicht mehr beschäftigt werden dürfen. In widerwärtigster stichtischer Heuchelei wendet sich die Handelskammer selbst gegen diese Bestimmung. Für die Frauen sei ein so frühes Entlassen wohl gerechtfertigt, die Kinder und die übrigen Arbeiterinnen würden schwerlich nach Hause gehen, sondern sich auf den Straßen zum Schaden ihrer Moral herumtreiben. Diese Sorge um die Moral wird in ein klareres Licht gestellt durch die zugleich ausgesprochene Ansicht, daß die Industrie dann gezwungen sein würde, auch eine große Zahl männlicher Arbeiter schon um 6 Uhr zu entlassen. Aber auch diese Befürchtung wird nicht im Interesse des Geldsackes geltend gemacht, bewahre! — nur deshalb, weil dann der „Gang ins Wirthshaus das Gewöhnliche sein würde!“ Also auch nichts, gar nichts für den Arbeiterschutz! Und dabei diese erbärmliche Heuchelei, welche die Sorge für den Arbeiter und seine Moral immer wie eine spanische Wand vorschleibt, um die eigene nackte Geldgier dahinter zu verbergen.

Die Schwierigkeiten der Angelegenheit bürgen der deutschen Industrie, welche bereits so viele Opfer gebracht, so schwere Lasten auf ihre Schultern genommen hat, dafür, daß die Sozialpolitik aus ihrem bedächtigen und sichern Gange nicht zum Sturmsturm übergehen wird. Wir betonen nachdrücklich, daß nicht im Freudenrausch, sondern nur durch bedächtige Arbeit etwas Brauchbares und Dauerndes geschaffen werden kann, weil wir die Erregung unerfüllbarer Hoffnungen für bedenklich halten; wir halten diese nüchternere Stellungnahme gerade gegenüber den überschwebelichen Jubelhymnen einzelner Blätter für geboten.

Wenn man schon vor den Wahlen derartig abwärts abtaucht, was wird erst nach den Wahlen noch von diesen Leuten als erfüllbar und für die Industrie erträglich bezeichnet werden. — Spricht doch die „Köln. Ztg.“ jetzt schon von „hochliegenden Hoffnungen, denen Enttäuschungen folgen müssen.“ Gewiß, Enttäuschungen bitterster Art für die Arbeiter, wenn die Kartellabgeordneten erst in den Reichstag einbezogen sind.

Die „Damburger Börsenhalle“ winkt jetzt schon mit dem Zauberstab nach oben, daß man nur ja nicht die Interessen der Arbeitgeber zu ignoriren sich unterstehe:

„In einem Jubel, als ob nun eine bessere Zeit hereinbrechen müsse, ist noch keine Veranlassung. Die Interessen der Arbeiter stehen die der Arbeitgeber, ja der ganzen bürgerlichen Gesellschaft gegenüber.“

Das meinen wir auch und da sollten die Arbeiter gar noch die Hand bieten zur Wahl der ihren Interessen „gegenüberstehenden“ Unternehmervereiner! Es ist kein schönes, aber doch ein wahres Wort: Nur die allergrößten Kälber, wählen ihren Wegher selber!

Und darum, wenn das deutsche Volk schon von vornherein das Kartell als seinen Todfeind betrachtete — der Umstand, daß nunmehr der gesetzliche Arbeiterschutz praktisch in Angriff genommen werden soll, der nicht so doppelt und dreifach zur Pflicht, nicht eine Stimme für die Todfeinde eines wirklichen Arbeiterschutzes, nicht eine Stimme für irgendwelchen Kartellbrüder abzugeben, sondern Mann für Mann zu stimmen für die Partei, welche allein etwas Ganzes auf diesem Gebiete erstrebt, welche allein die Interessen der Arbeit vertritt und zur Geltung bringen kann: für die Sozialdemokratie.

Die „Nationalseitung“ forderte neulich die Arbeiter den Freisinnigen gegenüber auf, sich an die bisherigen Handlungen der Parteien zu halten, um nicht irreführt zu werden. Nun, wir haben die Handlungen der Kartellparteien auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes geschildert und die Handlungen der Sozialdemokratie sind Ihnen bekannt. Wählen Sie jetzt darnach und wenn früher der Sieg der Sozialdemokratie in diesem Preise unsicher schien, so muß er sich nach den kaiserlichen Erlassen unbedingt auf die Seite der Sozialdemokratie setzen.

## Die fortwährende Steigerung der Blutsteuer im Deutschen Reiche.

Im Jahre 1867 wurde die Friedenspräsenzstärke für den Norddeutschen Bund auf ein Prozent der Bevölkerung, d. i. 300 000 Mann, festgesetzt. — Die Friedenspräsenzstärke des preussischen Heeres hatte vor

Bildung des Bundes 206 000 Mann betragen,<sup>1)</sup> die Friedenspräsenzstärke der übrigen Kontingente 74 000 Mann. Die Normirung der Friedenspräsenzstärke auf 300 000 Mann schloß somit schon eine Erhöhung um 20 000 Mann ein. —

Der Verfassungsentwurf der Regierung verlangte die Bewilligung mit dem Zusatz, daß bei wachsender Bevölkerung nach je 10 Jahren ein anderweitiger, d. h. niedrigerer Prozentsatz festgestellt werden sollte. Selbst die Regierung beabsichtigte damals also nicht mit der wachsenden Bevölkerung den Prozentsatz von einem Prozent festzuhalten, sondern den Prozentsatz anderweitig, d. h. geringer als mit einem Prozent zu normiren.

Der Norddeutsche Reichstag verstand sich zur Bewilligung der Friedenspräsenzstärke von 300 000 Mann bis zum Ablauf des Jahres 1872. Gleichzeitig mit dieser Bewilligung wurde ein Pauschquantum von 225 Thalern pro Mann festgesetzt. Dieses Pauschquantum war, wie sich erst später herausstellte, gegenüber den steigenden Preisen knapp bemessen. Um gleichwohl mit dem Pauschquantum auszukommen, sah sich die Regierung genöthigt, **thatächlich Ersparnisse** an der Präsenzstärke vorzunehmen. Demgemäß betrug beispielsweise die wirkliche Friedenspräsenz am 30. Juni 1868 nur 264 054 Mann, am 30. Juni 1869 nur 253 648 Mann, am 31. Dezember 1868 war die Friedenspräsenzstärke infolge späterer Einstellung der Rekruten sogar bis auf 202 728 Mann gesunken. Gleichwohl hat diese geringere Präsenzstärke der Kriegstüchtigkeit des Heeres, wie der 1870 ausbrechende französische Krieg beweist, nicht im mindesten geschadet.

Im Jahre 1871 wurde der Norddeutsche Bund zum Deutschen Reich erweitert. Im Herbst 1871 bewilligte der Deutsche Reichstag auf der Grundlage der früheren Beschlüsse des Norddeutschen Reichstags, entsprechend der größeren Bevölkerungszahl des Deutschen Reichs, für die Zeit bis zum Ablauf des Jahres 1874 eine Friedenspräsenzstärke von 401 659 Mann und gleichzeitig wiederum ein Pauschquantum von 225 Thlr. pro Mann.

Die Ziffer der Friedenspräsenzstärke berechnete sich ebenso wie früher im Norddeutschen Bunde mit ein Prozent von der Bevölkerungsziffer von 1867. **Thatächlich** schloß aber diese Friedenspräsenzstärke eine Erhöhung der Friedenspräsenz in sich. Denn die süddeutschen Staaten, insbesondere Württemberg und Baden, hatten bis dahin eine geringere Präsenzstärke gehabt.<sup>2)</sup>

Auch in den Jahren 1872, 1873 und 1874 blieb die **thatächliche Präsenzstärke** hinter der gesetzlichen Feststellung gleichwie zu Zeiten des Norddeutschen Bundes zurück, weil das knapp bemessene Pauschquantum die Regierung zu Ersparnissen an der Präsenz nöthigte. So betrug die **thatächliche Präsenz** nach amtlichen Quellen im Durchschnitt des Jahres:

1872: 359 000 Mann

1873: 353 000

1874: 350 000

Um der Ersparnisse an der Präsenz überhoben zu sein, verlangte die Regierung im Jahre 1874 vom Reichstag nur die Festsetzung einer Friedenspräsenzstärke, während die Geldebewilligung hierfür in der Form der jährlichen Etatsfestsetzung erfolgen sollte. Die Friedenspräsenzstärke wurde wie bisher auf 401 659 Mann für die Jahre 1875 bis zum 1. April 1881 festgesetzt. Da aber die Regierung **thatächlich** nach erfolgter Erhöhung des Militäretats gegen das Pauschquantum (für 1875 um nicht weniger als 52 Millionen Mk.) nicht mehr genöthigt war, Ersparnisse an der Präsenz vorzunehmen, so erhöhte sich die **thatächliche Präsenz** für 1875 und die folgenden Jahre von 350 000 auf 385 000 Mann<sup>3)</sup> **Thatächlich** erhöhte sich auch die durchschnittliche Dienstzeit der Infanterie von bisher 2 Jahr 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Monat auf etwas über 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahr.

Eine Erhöhung der gesetzlichen Friedenspräsenzstärke hat alsdann stattgefunden, als das Septennat von 1874 abgelauten war. In dem 1880 durch den Reichstag bewilligten neuen Septennat 1881 bis 1888 war eine Friedenspräsenzstärke von 427 274 Mann gegen bisher 401 659 Mann zu Grunde gelegt.<sup>4)</sup>

Die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um circa 26 000 Mann war aber nicht die einzige Steigerung der Militärlast, welche von 1881 ab erfolgte. Durch die No-

<sup>1)</sup> Das preussische Kontingent hat die Stärke von 206 000 Mann aber erst nach der sog. Reorganisation im Jahre 1860 erlangt. In den Jahren 1815 bis 1860 betrug die Stärke der preussischen Friedensarmee zwischen 114 000 und 140 000 Mann, was zuletzt etwa vier Fünftel Prozent der Bevölkerung des Staates ausmachte. Erst nach Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit im Jahre 1868 erhöhte sich die Friedenspräsenzstärke auf 150 000 Mann und stieg dann durch die Vermehrung der Truppendichte infolge der sogenannten Reorganisation immer allmählich bis auf 205 000 Mann.

<sup>2)</sup> Die württembergische Division und die badische Division wurden nunmehr zu je einem Armeekorps erweitert. Das dazu tretende Kontingent für das Elsaß wurde verwandt zur Erhöhung der Stärke der preussischen Truppendichte. Außerdem wurden in der preussischen Armee neu formirt 36 Batterien, 2 Bataillone Eisenbahntrouppen, 1 Pionierbataillon und 1 Trainbataillon.

<sup>3)</sup> Der Unterschied von 16 000 Mann zwischen der **thatächlichen Präsenz** und der gesetzlich zulässigen Maximalziffer erklärt sich theils aus den unvermeidlichen Batanz, theils aus der Inrechnung einer fünfjährigen Batanz zwischen der Entlassung der Reservisten und der Einstellung der Rekruten. Die **thatächlich** gegen die früheren Jahre um 35 000 Mann erhöhte Präsenz kam dadurch zum Ausdruck, daß die Rekrutenbatanz, welche noch 1874: 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Monat betragen hatte, bis auf die erötheten 3 Wochen verkürzt wurde und außerdem die Zahl der Dispositionsurlauben nach zweijähriger Dienstzeit vermindert wurde.

<sup>4)</sup> Die Erhöhung der Präsenzstärke wurde verwandt, um folgende neue Truppendeile zu formiren: 34 Infanteriebataillone, 40 Batterien Feldartillerie, 2 Bataillone Fußartillerie, 1 Pionierbataillon.

welle zum Militärgesetz von 1880 ist nämlich auch die militärische Ausbildung der Ersatzreserven im Frieden eingeführt worden, welche man bisher nicht kannte. Diese militärische Ausbildung sollte bestehen aus einer zehnwöchigen, einer vierwöchigen Übung, zwei zehnwöchigen Übungen für diejenige Zahl von Ersatzreservisten, welche das Staatsgesetz jährlich dafür bestimmt. Die Ersatzreservisten werden auf die Friedenspräsenz nicht angerechnet. Aus der Gesamtzahl der Wochen der Präsenz der Ersatzreservisten ergibt sich aber eine Steigerung der Friedenspräsenzstärke für den Durchschnitt des Jahres, beispielsweise für das Etatsjahr 1886/87, um **5470 Mann**.

Dieser 1880 neugeschaffene Zustand sollte abermals verändert werden, als 1887 die Regierungen die Vorlage des neuen französischen Militärgesetzes im Jahre 1886 zum Vorwand nahmen, um das Septennat, das bis zum 1. April 1888 dauern sollte, schon ein Jahr früher aufzuheben und gleichzeitig eine weitere Erhöhung der Präsenzstärke von 427 274 Mann bis auf **468 409 Mann** beantragten. Der Reichstag wurde, wie bekannt, damals aufgelöst, nicht weil er die geforderte Truppenzahl nicht bewilligte, sondern weil die Majorität die Bewilligung nicht auf 7, sondern auf 3 Jahre beschloß hatte.

Jetzt aber zeigte sich, nachdem ein gefügiger Reichstag vorhanden war, daß die Wünsche der Reichsregierung viel weiter gingen, als sie früher verlautbart hatte. Jetzt handelte es sich nicht mehr bloß um die siebenjährige Bewilligung der 468 409 Mann, jetzt kam man auch mit einem **neuen Militär-Organisationsgesetz**, das die Grundlagen der Waffenpflicht wieder wesentlich veränderte und erweiterte. Auch dieses Gesetz gelangte rasch zur Annahme. Danach sind alle Deutschen, welche mit dem 20. Lebensjahre in das stehende Heer eintreten, 25 Jahre dienstpflchtig. Die Dienstpflcht wurde also, abgesehen von der Neuorganisation der Landwehr zweiten Aufgebots und der Eintheilung des Landsturms in zwei Aufgebote auch noch gegenüber früher **um drei Jahre**, vom 42. auf das 45. Lebensjahr **verlängert**. Hiernach verfügt Deutschland im Falle eines Krieges über mehr als 3 1/2 Millionen ausgebildeter Soldaten.

Das sind die Opfer an Menschenkraft und Menschenglück, welche der Militarismus verschlingt.

Sehen wir nun einmal die Geldsummen an, welche dieses System seit der Gründung des Deutschen Reiches verschlungen hat.

### Was hat uns das Militär in Deutschland alles schon gekostet?

Es ist hier zu unterscheiden zwischen den laufenden Ausgaben, d. h. denen, die jährlich wiederkehren, und den einmaligen Ausgaben für Neuanschaffungen, Neubauten, Neuorganisationen, die freilich auch zu nahezu dauernden Ausgaben werden können, wenn die Neuanschaffungen gar nicht mehr aufhören, sondern alle Jahre infolge der rapiden Umwälzungen der Kriegstechnik wiederkehren.

Betrachten wir zunächst die **laufenden Ausgaben**. Sie betragen in **Millionen Mark** für

im Jahre	Armee	Marine	Pensionen
1872 . . . . .	250	12	47
1873 . . . . .	264	14	43
1874 . . . . .	267	12	44
1875 . . . . .	319	18	49
1876 . . . . .	319	19	49
1877 I. Quartal . . .	80	5	12
1877/78 . . . . .	324	21	49
1878/79 . . . . .	320	23	49
1879/80 . . . . .	316	23	49
1880/81 . . . . .	328	25	49
1881/82 . . . . .	344	27	49
1882/83 . . . . .	342	26	48
1883/84 . . . . .	337	27	48
1884/85 . . . . .	339	32	48
1885/86 . . . . .	338	37	48
1886/87 . . . . .	342	36	51
1887/88 . . . . .	359	39	52
1888/89 <sup>1)</sup> . . . . .	367	36	54
1889/90 <sup>1)</sup> . . . . .	370	36	60

Die **einmaligen Ausgaben** für Heer und Marine sind natürlich gerade in den letzten Jahren, wo fortwährend neue Waffensysteme, neue Verteidigungs- und Angriffsmittel auftauchen und eingeführt werden, zu unglaublicher Höhe angeschwollen. Sie betragen sich auf:

im Jahre	Millionen Mark
1872 . . . . .	244
1873 . . . . .	161
1874 . . . . .	152
1875 . . . . .	198
1876 . . . . .	100
1877 I. Quartal . . .	26
1877/78 . . . . .	95
1878/79 . . . . .	97
1879/80 . . . . .	74
1880/81 . . . . .	61
1881/82 . . . . .	65
1882/83 . . . . .	40
1883/84 . . . . .	39
1884/85 . . . . .	45
1885/86 . . . . .	49
1886/87 . . . . .	68
1887/88 . . . . .	182
1888/89 <sup>1)</sup> . . . . .	357
1889/90 <sup>1)</sup> . . . . .	103

Hierbei ist weiter festzustellen, daß Deutschland durch die **französischen Milliarden** in die Lage kam, nicht allein die eigentlichen Kriegskosten, sondern auch den Wiederersatz des gesamten Kriegsmaterials, die Kosten für die neue Bewaffnung und die neuen Festungsbauten, das Kapital für den Invalidenfond, die Summe für den Ankauf und die Vervollkommnung der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, den Kriegsfond von 120 Millionen im Juli-

thurm zu Spandau x. zu beschaffen. Für diese Verwendungen wurden aus den französischen Milliarden:

### 3,85 Milliarden Mark

auf Kosten des französischen Krieges verausgabt.

Doch lassen wir das ganz bei Seite, was auf Kosten unserer französischen Nachbarn dem Militär geopfert worden ist. Bleiben wir bei dem, was die deutschen Bürger haben aufbringen müssen.

Nach unseren Angaben würden sich die **laufenden** Ausgaben für Armee, Marine und Pensionen seit 1872 von 309 Millionen auf 466 Millionen, also um 157 Millionen **mehr als 50 pCt.** innerhalb dieser 16 Friedensjahre erhöht haben. Der Pensionsetat darunter weist eine Erhöhung von 47 auf 60 Millionen Mk. nach und er steigt jetzt gerade riesig, weil die Pensionierung niedriger und höherer Offiziere, alter und junger, in den letzten Jahren sehr bedeutend zugenommen hat. „Tausende von Offizieren — bemerkt Veibel in seiner Schrift über „Die Thätigkeit des Reichstages“ mit Recht — werden für „invalid“ erklärt, die noch im besten Mannesalter stehen, für jeden bürgerlichen Beruf noch tauglich sind und in den meisten Fällen auch einen solchen sich noch suchen, weil, wenn sie ohne Vermögen sind, sie von der Pension „standesgemäß“ nicht leben können. Ein gut Theil unserer ungesunden Agrarier in den Ostprovinzen sind pensionirte Offiziere, die als solche eine Pension beziehen, obgleich kein Mensch zu sagen vermag, welche Art von körperliche Gebrechen sie als „invalid“ erscheinen lassen. Die bei der Pensionirung der Offiziere angewandten Grundsätze stehen in einem wunderbaren Gegensatz zu denen, die z. B. bei der Invaliditätserklärung der Arbeiter auf Grund des Invaliditäts- und Altersvorsorgegesetzes in Anwendung kommen werden.“ — Ferner hat sich der Marineetat von 12 auf 36 Millionen Mark erhöht, also verdreifacht. Die laufenden Ausgaben für die Armee haben eine Erhöhung von 250 auf 370 Millionen Mark, also in 16 Friedensjahren um 120 Millionen Mark oder **nahezu 50 pCt.** erfahren.

Wir fügen noch in einer Tabelle die **Summe** der laufenden und der einmaligen Ausgaben für Armee, Marine und Pensionen an:

im Jahre	Laufende Ausgaben.	Laufende u. einmalige Ausgaben.
1872 . . . . .	309	553 Millionen Mark.
1873 . . . . .	321	482
1874 . . . . .	323	475
1875 . . . . .	386	584
1876 . . . . .	387	487
1877 I. Quartal . . .	97	123
1877/78 . . . . .	394	489
1878/79 . . . . .	392	489
1879/80 . . . . .	388	462
1880/81 . . . . .	402	463
1881/82 . . . . .	420	485
1882/83 . . . . .	416	456
1883/84 . . . . .	412	451
1884/85 . . . . .	419	464
1885/86 . . . . .	423	472
1886/87 . . . . .	429	497
1887/88 . . . . .	450	632
1888/89 <sup>1)</sup> . . . . .	456	843
1889/90 <sup>1)</sup> . . . . .	466	569

Es sind also **9476 Millionen Mark, 9 1/2 Milliarden Mark** seit 1872 dem Militär bereits **geopfert** worden und diese Ziffern nehmen nicht ab, sondern von Jahr zu Jahr in immer rascherem Maße zu, — der letzte Etat (1890/91) bringt wieder enorme Steigerungen. Und das wird nicht aufhören, wenn das ganze hier sich offenbarende politische System nicht geändert wird durch Wahl wirklich volksfreundlicher Vertreter! —

### Die „Ordnungs“-Partei.

B. W. Die „Nordd. Allg. Ztg.“, das Sprachrohr des Reichskanzlers, schrieb kürzlich unter dem Beifall aller „Bohlsgeimten“:

Die Wahlanstrengungen von sozialdemokratischer Seite bedeuten einen **Vorstoß der Sozialdemokratie gegen die Gesamtheit der bürgerlichen Elemente**. Die Symptome eines solchen Vorstoßes treten aber nicht nur in unserem Lande, sondern überall hervor; sie zeigen sich keineswegs allein in den Wahlanstrengungen, sondern nicht minder in der großen allgemeinen Streikbewegung, bei welcher die Sozialdemokratie notorisch allorts ihre Hand im Spiele hat; mag sie für die Strikes im Einzelnen auch nicht sters der Urheber sein, jedenfalls ist sie bemüht, die leitende Rolle zu ergreifen, wo immer eine solche Bewegung hervortritt.

Alle diese Erscheinungen sind, wie gesagt, **international**. Sie treten bei uns nur deshalb scharfer hervor, weil sie mit den allgemeinen Reichstagswahlen zeitlich zusammentreffen und daher bei den Vorbereitungen zu diesen ihren mehr als in anderen Ländern in die Augen fallenden Ausdruck finden. Man wird gewiß nicht schlageln, wenn man diesen internationalen Vorstoß der sozialrevolutionären Tendenzen mit den im vorigen Sommer in Paris abgehaltenen Kongressen, oder richtiger mit demjenigen der Marzistischen Richtung in Verbindung bringt, bei welchem ja die Führer der deutschen Sozialdemokratie ebenso die tonangebende Rolle spielten, wie sie es in der umstürzlerischen sozialistischen Strömung überhaupt thun.

Dat man es aber mit einem allgemeinen Vorstoß der sozialrevolutionären gegen die bürgerlichen Elemente zu thun, so liegt es nahe, zur Abwehr desselben an ein Zusammenfaßen aller nicht-sozialdemokratischen Elemente bei den Reichstagswahlen zu denken. Allerdings steht solcher Zusammenfassung Aller, welche Staat und Gesellschaft zwar reformiren, aber nicht zu dem angebliehen Zweck über den Haufen werfen wollen, damit aus der hergestellten chaotischen Anarchie eine neue bisher ungelamte Kulturhöhe sich entwickeln könne, jener Parteigeist entgegen, welcher dem Fraktionswohl das allgemeine Wohl unterordnet. Am stärksten ist solcher Parteigeist bei unserer bürgerlichen Demokratie entwickelt, aber selbst bei dieser beherrscht er mehr die Parteileitungen als die Wähler selbst.

Gegen die Sozialdemokratie und gegen ihre Befürworter! hätte also jene Parole zu lauten, mittelst deren dem internationalen Vorstoße der Sozialrevolutionäre bei uns zu begegnen wäre.

<sup>1)</sup> Nach den Voranschlägen, die früheren Zahlen nach den Jahresrechnungen.

„Zusammenfassung aller nicht-sozialistischen Elemente“ lautet nicht bloß die von der Regierung ausgegebene Losung zu den bevorstehenden Wahlen, sondern auch das Motto, welches man wahrscheinlich über die Geschichte des ganzen fürderrn bürgerlichen Parteiliebens schreiben dürfen. Denn der Zusammenschluß aller bürgerlichen Elemente ist eine geschichtliche Nothwendigkeit. Da nämlich die sozialistische Bewegung sich gegen den Kapitalismus richtet, und jede der bürgerlichen Parteien die Interessen irgend einer Form des Kapitals, sei es die des Großgrundbesitzes, sei es die der Großindustrie, sei es die des großen Handelswesens, vertritt, so muß die gesammte Bourgeoisie an demjenigen Zeitpunkt, wo all ihre Parteien anfangen, die Sozialdemokratie zu fürchten, sich zusammenschließen zu einer einzigen, allerdings in sich verschieden gefärbten, Partei, deren dunkelvolle Devise natürlich „Ordnung“ lautet.

Die Bildung der „Ordnungs“-Partei bezeichnet also den Beginn eines neuen Entwicklungsabschnittes der Sozialdemokratie, welchem die Geschichte den Titel geben kann: „Die erstarrte Sozialdemokratie“; denn der Bund unserer Gegner ist ein Zeichen unserer Stärke.

Obgleich wir demnach Grund haben, uns über die von der Regierung ausgegebene Wahlparole zu freuen, so dürfen wir uns doch durch diese Freude nicht zur Siegesgewißheit verleiten lassen, müssen vielmehr bedenken, daß nicht bloß unsere Partei stärker geworden ist, sondern auch deren Gegnerschaft, nämlich durch den beginnenden Zusammenschluß ihrer Elemente, und daß diese gegnerische Stärke die Niederlage unseres Kandidaten in diesem und jenem Wahlkreise zur Folge haben könnte, dessen Eroberung vielen von uns jetzt über allen Zweifel erhaben scheint. Lassen wir uns warnen durch das Schauspiel im Königreich Sachsen bei den Reichstagswahlen 1887. Dort in der Hochburg der Sozialdemokratie brachten es die Bürgerlichen fertig, die sozialdemokratische Vertretung von fünf Männern auf einen einzigen zu vermindern. Bei den kommenden Wahlen steht nun zu erwarten, daß sehr viele der deutschen „Bürger“ sich ähnlich verhalten werden, wie 1887 die sächsischen. Wahrscheinlich wird ein beträchtlicher Theil der Freisinnigen sich krampfhaft bemühen, den sozialdemokratischen Kandidaten zu Falle zu bringen. Lassen wir uns nicht täuschen durch die freisinnige Presse. Wenn auch die Journalisten derselben heute noch vielfach das Kartell als den Hauptfeind bezeichnen — wir müssen bedenken, daß in den Journalisten ein Stück Ideologie zu stecken pflegt, daß aber der Bürger den Ideen seines Leitblattes abtrünnig wird, sobald ihm sein Interesse dies zu gebieten scheint.

### Ländliche Wahlbeeinflussung.

B. W. Damit die bösen Sozialdemokraten im Hinblick auf das außerordentliche Anwachsen ihrer Bewegung nicht gar zu übermüthig werden, machen ihnen die Bertheidiger der gegenwärtigen Gesellschaft oft den Einwurf: „Die in duriellen Arbeiter könnt ihr mit eurer Agitation umgarnen, nicht aber die ländlichen Arbeiter; die Landbevölkerung ist ein Boden, auf dem das sozialdemokratische Unkraut nicht gedeiht; der treue Schädel des Bauern ist ein Fels, an welchem das nach Utopien steuernde Sozialistenschiff scheitern wird; das Bauerndorf ist ein Wall, ein Damm . . .“ u. s. w.

Die Vorsicht hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Das Gerücht von dem jähren „Eigenthumsinn“ unserer Landbevölkerung, von ihrem unüberwindlichen Haß gegen die Sozialdemokratie, von ihrer treuen Liebe zu „Kaiser und Reich“ scheint mir auf einer ganz falschen Deutung der Thatfachen zu beruhen. Thatsache ist allerdings, daß wir unter der ländlichen Bevölkerung bis dato nur vereinzelte Genossen zählen. Aber aus dieser Thatfache darf man durchaus nicht die Ausschließlichkeit der Sozialdemokratie auf dem Lande folgern. Vielmehr ist zu bedenken, daß die Ausbeutung der Landbevölkerung durch das Kapital empfindlich genug ist, um auch dem Kleinbauern, geschweige denn dem ländlichen Lohnarbeiter, die Augen darüber zu öffnen, daß die Privatwirtschaft unhaltbar, die sozialistische Produktion dagegen Ziel und Heil unserer ökonomischen Entwicklung ist.

Daß wir bisher wenig Genossen auf dem Lande gewonnen haben, läßt sich zur Genüge aus den folgenden Umständen erklären: Wir waren noch nicht in der Lage, auf dem Lande zu agitiren; denn durch die Handhabung des Sozialistengesetzes und die Abhängigkeit der Landleute von den hohen Herren werden Versammlungen ländlicher Wähler, wo wir unsere Bestrebungen auseinander setzen könnten, fast unmöglich. Und dann — die Wahlbeeinflussung!

Es ist schon viel über dieses Kapitel im Reichstage gesagt und in den Blättern der Oppositions Parteien geschrieben worden. Mit Entrüstung ist darauf hingewiesen worden, daß die Mehrheit der letzten Volksvertretung, der sog. „Surrah-Reichstag“ in ganz besonderem Maße durch Wahlbeeinflussung zu Stande gebracht wurde. — Sind bei dieser Gelegenheit schon genug Fälle von Beeinflussung durch die Presse bekannt geworden, so ist die Menge dessen, was man sich auf dem Lande über dieses Thema erzählt, unerschöpflich groß.

Dieser Artikel nun möchte die Aufmerksamkeit auf eine Art der Beeinflussung lenken, welche wahrscheinlich in allen ländlichen Wahlbezirken üblich ist. Allerdings haben wir nicht das Recht, aus dem vorliegenden Material den Schluß zu ziehen, daß im Wahlkreis Jüterbog-Ludenwalde eine Wahlbeeinflussung versucht wird. Aber jedem Leser wird dieses Material doch Grund zum Bedachte geben. Und sollte hier keine absichtliche Beeinflussung vorliegen, so doch

eine jahrlässige. Jedenfalls kann unser Material zeigen, wie es gemacht wird."

Vor uns liegt das „Füterbog-Luckenwalder Kreisblatt“ mit dem Verzeichniß der ländlichen Wahlbezirke, Wahlvorsieber, Stellvertreter und Wahllokale zur Wahl für den deutschen Reichstag. Unterfertigt ist dieses Verzeichniß mit dem Namen des Landraths H. v. Derjen. Man sollte erwarten, daß bei Feststellung dieser unentbehrlichen Organe der Wahlhandlung der Gesichtspunkt vorherrschend war, Wahlbeeinflussung dadurch zu verhüten, daß möglichst solche Männer und Lokale gewählt werden, deren Charakter nicht zur Beeinflussung geeignet, sondern ganz unparteiisch ist. Aber ein Blick auf das Verzeichniß täuscht diese Erwartung ganz und gar. Wir finden nämlich, daß von den 118 Wahlbezirken 95 ihr Wahllokal im — Schulzen = Amt, 6 in Gutshäusern und 4 in Amtslökalen haben. Wir finden ferner, daß unter den 118 Wahlvorsiechern 87 Schulzen, 15 Gutsvorsteher, 6 Großgutsbesitzer, 6 Amtsvorsteher, 2 Amtsmänner, 1 Fabrikdirektor und 1 Hauptfiskirer sich befinden, und daß sich die Stellvertreter zusammenfassen aus 84 Schöppen, 27 Schulzen, 2 Gutsvorstehern, 1 Hüttenmeister und 4 anderen Menschenkindern. — Nun aber läßt sich unzweifelhaft annehmen, daß die ländlichen Wähler vielfach von den Herren Schulzen und Gutsvorstehern einen derartigen „Respekt“ haben, daß sie nicht wagen, diesen Respektspersonen und Vorgesetzten, von denen sie sehr abhängig sind, einen andern Wahlzettel, als den kartellbrüderlichen zu überreichen. Auch ist ein Amtslokal oder Gutshaus durch die Vorstellungen von Obrigkeit und Herrschaft, welche mit ihm verknüpft sind, ganz geeignet, viele ländliche Wähler so einzuschüchtern, daß sie als gehorsame Diener keinen andern Kandidaten wählen, als den des Beamten oder der Herrschaft. —

Probaturum est!

### Großer Belagerungszustand und Kanonen.

Herr von Puttkamer, der frühere Minister des Innern rühmlichen Angedenkens, hat in dem hinterpommerschen Städtchen Stolp eine Wahlrede über die politische Lage und über sein eigenes Zukunftsprogramm vom Stapel gelassen. Einige eingeladene Rittergutsbesitzer und Offiziere mit ihren Damen stellten das versammelte Publikum der Wähler vor, wie Hans Jettel, der Kesselflicker, den Löwen im Sommernachtsraum.

Nun, daß die Rede sich nicht an dieses Publikum richtete, sondern, wie die sozialdemokratischen Reden im Reichstage, zum Fenster hinausgesprochen wurde und für ein größeres Publikum bestimmt war, ist nur zu klar. In einem pommerschen Wahlkreis wie Stolp, in welchem die ländliche Bevölkerung fast 80 Prozent beträgt und außerdem in der geistigen wie ökonomischen Leibeigenschaft des Junkerthums schmachtet, ist bis jetzt jede Wahlrede überflüssig. Dort wird der präsentirte Reaktionär ohne Umstände „gewählt“.

Aber eine Wahlrede soll die des Herrn Puttkamer auch gar nicht sein. Das geht aus ihr selbst zur Genüge hervor. Sie ist vielmehr die hoffnungsvolle Rede eines Ministerkandidaten, der seine Zeit für gekommen hält und bereits im Vorgefühl des künftigen Triumphes schwelgt. Seine Betterschaft mit dem Fürsten Bismarck setzt ihn wohl genügend in den Stand, die gegenwärtige Lage der Dinge einigermaßen zu beurtheilen und zu wissen, ob seine Hoffnungen berechtigt sind.

Und berechtigt scheinen diese Hoffnungen in der That. Im Jahre 1878 waren es nach dem authentischen Zeugniß des offiziellen „Hamburger Korrespondent“ die koalirten liberalen Minister, gegen welche das rothe Gespenst gehalten mußte, und diesmal sind es die koalirten Militärs und Staatsmänner in spe, gegen welche jetzt allem Anschein nach das rothe Gespenst ausgespielt werden wird.

Fürst Bismarck sichert seine bedrohte Stellung am besten durch den Beweis seiner Unentbehrlichkeit, und diesen Beweis gilt es jetzt anzutreten. Die Staatskarre ist gehörig in den Dreck gefahren und eine Oppositionsmajorität bei den Neuwahlen wahrscheinlich. Befähigt sich diese letztere Annahme, dann wird es heißen: Samiel hilf! und Fürst Bismarck wird den Retter aus der Noth spielen. Dies unter möglichst günstigen Bedingungen thun zu können, danach hat er seine Taktik schon vorher eingerichtet. Das Sozialistengesetz ist auf seinen Wink noch unentschieden geblieben, damit er ein plausibles Auflösungsdekret für einen Oppositionsreichstag, der ihm gerade gerufen käme, in der Tasche habe. Das Sozialistengesetz ist für den Fürsten Bismarck das Kap der guten Hoffnung, an dem er den neuen Reichstag mit Würde scheitern lassen kann. Aus diesem Schiffbruche eine Regierungsmajorität zu retten, auf welcher der Kanzler sicher nach dem erscheinenden Indien seiner Unangreifbarkeit und Unererschütterlichkeit steuern kann, wird die Aufgabe des dann mit Hochdruck arbeitenden amtlichen Apparates mit seinen gewaltigen Nachmitteln sein unter Zuhilfenahme der wiederum zu einem Schreckgespenst zugelassenen sozialistischen Gefahr. Daß hierbei der Reichskanzler wirklich reuifert, ist bei der matten Haltung der Opposition mehr als wahrscheinlich. Erfreulich, wenn's anders käme.

Im ersteren Falle aber würde der Beweis dafür, daß der Staat wirklich in Gefahr war und nur durch Meisterhand gerettet wurde, in den stärksten und rücksichtslosesten Maßregeln gegen die Sozialdemokratie bestehen. Das System Puttkamer würde auf dem Plane erscheinen. Nicht als ob wir demgegenüber das System Herrfurth höher schätzten. Aber was dann kommen würde, wäre das

**neue System Puttkamer**, welches sich durch den Mund seines anerkannten Trägers mit dem Lösungswort angekündigt hat: **Großer Belagerungszustand und Kanonen!**

Großer Belagerungszustand und Kanonen! Dies Lösungswort bildet den Höhepunkt des wunderbaren Programms, das Herr von Puttkamer in seiner Stolper Rede in allen Farben ausmalte. Nach seiner Ansicht war „das bisherige Gesetz gegen die Sozialisten nicht streng genug“, hielt die konservative Partei dasselbe mit Recht „für zu milde“, und wäre das Gesetz ohne die Ausweisklausel zur „Unkenntlichkeit“ entstellt. Ohne die Ausweisklausel sei es ein „Messer ohne Klinge und Griff.“

Herr von Puttkamer handelt oft nach dem eigenthümlichen Grundsatz, die größte Offenheit der Sprache kompromittire am wenigsten. So rechnet er mit cynischer Deutlichkeit auf einen neuen Reichstag, der das Sozialistengesetz verwerfen wird. Dann ist seine Stunde gekommen. Die Strömung wird ihn wieder nach oben tragen, und als neuer Polizeiminister wird er sein treffliches Programm zur Ausführung bringen. Der Ausweisklauselparagraph läßt ihn alsdann kalt. Selbst die Expatrirung, die Landesverweisung der „sozialdemokratischen Agitatoren“, welche er vor nicht zu langer Zeit und nicht ohne eine gewisse Scheu vom Reichstage zu verlangen wagte, ist dann für ihn ein überwundener Standpunkt. **„An Stelle des kleinen wird der große Belagerungszustand und an Stelle des § 28 werden die Kanonen eintreten müssen.“** So gesprochen vom Minister in spe v. Puttkamer am 31. Januar 1890.

Hört es, deutsche Arbeiter, was euch hier versprochen wird, und merkt es euch! Dieser Ausdruck wird von euch ebenso unvergessen bleiben und als geseligtes Wort unter euch von Mund zu Munde gehen wie der Ausdruck des gegenwärtigen Ministers: Die Sozialdemokraten seien Arbeiter, welche nicht arbeiten wollen.

Die Armee, die Polizei und „das pflichttreue Beamtenthum“ (wörtlich!) bezeichnet Herr v. Puttkamer weiter als die Stützen der Gesellschaft, in denen den nach politischer und wirtschaftlicher Freiheit strebenden Arbeitern ein wirklicher Damm entgegengesetzt werden soll. Der ganze Machtapparat, über den der heutige Staat verfügt, soll gegen den größten Theil seiner Bürger in Anwendung kommen. **„Wir befinden uns im Stande der Nothwehr“**, behauptet Herr von Puttkamer. **„Gott sei Dank, noch haben wir das Heft in der Hand; daher werden wir das thun, was nöthig ist, um uns gegen die Sozialdemokratie zu wehren. Bis jetzt ist uns die Abwehr nicht genügend gelungen.“** Systematisch und prinzipiell muß der Sozialdemokratie **das Recht der Existenz** in jedem geordneten Staatswesen **abgesprochen werden.**

Die Arbeiter wissen demnach, was sie von dieser Seite zu erwarten haben. Die geringen politischen Rechte, die sie jetzt noch etwa besitzen, sollen ihnen unerbittlich genommen werden. Das allgemeine Wahlrecht, als dessen ärgsten Feind sich Herr von Puttkamer mehrfach im Reichstage bekannt hat, soll gehörig beschnitten werden. Die einzigen Versammlungen, die ihnen zu gestatten sind, werden die Bet-übungen in Kirchen und Kapellen sein.

Das bisherige Koalitionsrecht, welches etwa noch existirt, wird völlig vernichtet werden. Wie oft schon hat das Sozialistengesetz als Vorwand dienen müssen, um die Lohnkämpfe der Arbeiter unmöglich zu machen! Der Streikerkrieg, mit dem Herr v. Puttkamer an einem schönen Frühlingssonntage die Arbeiter beglückte, ist noch in guter Erinnerung und würde in Zukunft unter Herrn von Puttkamer wohl seine Nachfolger finden. Und das alles unter dem Schutze des großen Belagerungszustandes und der Kanonen; darin bestehen nämlich die Argumente, mit denen man euren Forderungen befechten will, deutsche Arbeiter!

Wohlan, richtet euch danach! In eurer Hand liegt es, jener Proklamtion der nackten Gewalt, mit der euch ein Mann droht, der sich schon wieder als Minister fühlt und den ihr zur Genüge kennt, eure gerechte Verachtung zu bezeigen, indem ihr mannhaft und geschlossen für die Partei der Zukunft eintretet, für die Sozialdemokratie!

### Auch ein Boycott.

B. W. Als deutsche Gastwirthe, sei es aus Geschäftigkeit gegen die Arbeiterbewegung, sei es aus Anstiften sozialistischer Gassen, sei es aus Furcht vor der Polizei, sich weigerten, den Sozialdemokraten ebenso wie anderen Parteien ihre Lokale zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen, als diese Leute also die in Deutschland obnehin wuchernde politische Unzulänglichkeiten dadurch dängten, daß sie eine parlamentarische Partei boycottirten, wußten die deutschen Arbeiter ihr schmales Recht nicht anders zu verteidigen, als dadurch, daß sie Boycott mit Boycott beantworteten, d. h. beschlossen, die Lokale der unduldsamen Wirthe völlig zu meiden und nur duldsame Wirthe und Brauer in Nahrung zu setzen. Beide Parteien kämpften also mit gleicher Waffe, aber die Arbeiter führten ihre Waffe so schneidig, daß die Front der Wirthe bald demoralisirt und auseinander gesprengt wurde. Die „ordnungsliebenden“ Bürger und Behörden hatten den Boycott der Wirthe launlos, ja vielfach mit Vergnügen angesehen; als aber nun auch die Arbeiter boycottirten und gar den Sieg errangen, da brach die Bourgeoisie in ein Geschrei „sittlicher“ Entrüstung aus; ihre Presse verlangte, daß die Sozialdemokraten wegen Verwundens-Bestrafung bestraft werden

sollten — natürlich! denn die Rechte des Selbstschades sind dem Bürger heilig, die der Arbeiter — schon weniger.

Uebrigens werden die Wirthe durchaus nicht lediglich von Sozialdemokraten boycottirt. J. B. die Kommandantur von Spandau ist doch nicht sozialdemokratisch! Diese Behörde aber hat wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, neuerdings einen Gastwirth boycottirt. Und warum? Vielleicht deswegen, weil der Wirth unduldsam gewesen ist? — O nein, aus diesem sittlichen Beweggrunde haben bisher nur Arbeiter boycottirt. Der Spandauer Wirth wurde vielmehr in Verwundens erklärt, weil er duldsam gewesen ist, weil er nämlich sein Lokal zu einer Sattler-Versammlung hergegeben hat.

Diese Geschichte ist nach der angegebenen Quelle so: Die Sattler der Artillerie-Verkstatt in Spandau wollten ihre Lage verbessern. Nachdem sie mehrere Monate hindurch nur etwa 1 bis 2 Mark täglich verdient hatten, versammelten sie sich kürzlich, um die Lohnfrage zu besprechen. Man beschloß, statt des bisherigen Lohnes von 1 Mark 15 Pf. für die Patronentasche 1 Mk. 50 Pf. zu fordern. Die Versammlung wurde auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst. Die drei Sattler, die sich an der Diskussion betheiligt hatten, wurden von der Direktion entlassen. Das Lokal aber, in welchem die Versammlung stattfand, darf auf Kommandaturbefehl nicht mehr von Soldaten der Garnison besucht werden.

### Die Nothwendigkeit des Arbeiterschutzes.

Einen vielstimmigen, aus bloßen Thatfachen zusammengesetzten Kommentar zu den aus den Pöschinger'schen Aktienstücken von neuem bekannt gewordenen Ansichten des Reichskanzlers über den Arbeiterschutz liefert folgende, sächsischen Amtsblättern entnommene Notiz:

**„Folgen gewerblicher Kinderbeschäftigung.“**  
Erwähnenswerth ist das Ergebnis der von den Lehrern der Schule in Pausa (Med. Bezirk Plauen) angestellten Erörterungen über den körperlichen und geistigen Gesundheitszustand der Kinder. Es befanden sich nämlich unter 754 Schulkindern 197 Kurzsichtige, 6 Schwerhörige, 8 Stotterer, 1 Laubstummer, 6 Gebrechliche, 10 Kränkliche, 2 Schwachsinige und 107 Schwachbegabte.

Das häufige Vorkommen der Kurzsichtigkeit mag nach Ansicht des Bezirkstarzes wohl hauptsächlich mit darauf zurückzuführen sein, daß **433 Kinder mit Fäden** und **35 mit Strumpfsäßen** beschäftigt waren“.

Diese Kinder arbeiten meist in der Hausindustrie. Im „freien“ England geht man — wie wir in letzter Nummer zeigten — jetzt daran, solche mörderischen Dinge der Gesetzgebung zu unterstellen. Im Lande der Sozialreform par excellence dagegen stand bis in die letzten Tage der hierfür maßgebende Minister auf einem Standpunkt, welcher an die Zeiten des trassen Manchestertums erinnert.

### Die Pläne des Zentrums

treten auf dem kürzlich abgehaltenen Parteitag in Köln recht offenkundig zu Tage.

Herr Windthorst äußerte unter anderem:

Wir wollen Zustände, gerade wie vor dem Kulturkampf, wie zur Zeit der Krönung Wilhelm I. Dies wollen wir auch auf dem Schulgebiet. Staat und Kirche müssen die Schule gemeinsam haben, wie auch früher. Wahlparole müsse sein: **„Die Wiedereroberung der christlichen Schule!“**

Zur Ergänzung dieser Rede dienen die Vorträge der Abgg. Roederath und Trimborn. Ersterer forderte die Rückberufung aller Orden, also auch der Jesuiten, und die „ungehinderte Entfaltung der gesammten Thätigkeit der katholischen Kirche.“ Letzterer meinte, die Sozialdemokratie sei im Westen nicht heimisch: „Der Ostwind hat uns diese Influenza gebracht.“ Er verherrlichte den Schulantrag Windthorst's, der thatsächlich die Schule zur Magd der Kirche und die Lehrer zu Werkzeugen der Geistlichen machen will, und bekämpfte den Satz, daß die Religion Privatfache des Einzelnen sein dürfe.

### Gegen das allgemeine Wahlrecht

brachte kürzlich wieder einmal das amtliche Organ der sächsischen Regierung, die „Leipziger Zeitung“, einen Artikel, in welchem es heißt:

„Daß die Stimmen nur gezählt und nicht gewogen werden, bleibt ein Unrecht, unter dem wir aber außerordentlich leiden, weil es unsere sozialen Verhältnisse verbittert und untergräbt. Das allgemeine Wahlrecht brachte uns schon die Diätenlosigkeit der für uns im Reichstag Sitzenden, das Sozialistengesetz mit seiner Härte und Nothwendigkeit, seinen resultatlosen Verhandlungen im Reichstag.“

Das allgemeine Wahlrecht besteht nun einmal und wir werden darum leben und leiden, bis nach schweren Vorkommnissen Bundesrath und Reichstag die Unhaltbarkeit desselben einsehen.“

### Herr Miquel und das Sozialistengesetz.

Ein Gewährsmann des „Frankf. Generalanz.“ befundet, daß sich der Herr Miquel im Jahre 1886 in seinem Amtszimmer auf dem Rbmer in Frankfurt folgendermaßen äußerte: „Bismarck selbst legt auf das Sozialistengesetz keinen Werth mehr, weil aber der greise Kaiser, welcher sich immer noch der Attention erinnert, die zu dem Gesetz den Anstoß gaben. Das Sozialistengesetz hat keinen Zweck. Früher oder später muß man zum gemeinen Rechte für Alle zurückkehren; über den Tod des Kaisers Wilhelm hinaus wird sich das Ausnahmengesetz kaum aufrecht erhalten lassen.“

### Beug' dich nicht!

So lang' ein Athemzug dein Herz bewegt,  
So lang' es noch für Recht und Wahrheit schlägt.  
So lang' das Leben blüht in deinem Blut,  
Und Liebe noch umleuchtet dein Gesicht —  
So lang' beug' nimmer dich der Tyrannet,  
Rein, brich der Formen Ketten morsch entwöh!  
Nad alles, was den Geist in Fesseln zwingt,  
Was dich zur Unmatur und Lüge drängt,  
Das greife an mit aller Kraft und Wacht,  
Und unerschrocken schlag' es in die Flucht:  
Beug' dich nicht!

Und wenn auch mancher harte Schlag dich trifft,  
Wenn du statt Nektar Barmuth trinkst und Gift.  
Wenn dich des Lebens wilder Sturm umstößt,  
Dein Herz umsonst erhofft der Menschen Trost,  
Beug' nimmer dich den Kannen dieser Welt.  
Rein, mächtig auf dich selber bleib' gestellt;  
Und fest und hehr in jedem Kampf und Streit  
Getrage dir die Achtung deiner Zeit,  
Denn das halt' ewig deiner Seele vor:  
Es sinkt stets der nur, der sich selbst verlor!  
Beug' dich nicht!

### Reichsbiedermeier und die Polizei.

(Eine Hymne für Ordnungsparteiler.)

Kann auch nicht geliebt werden,  
Dah die Welt recht trefflich sei,  
Bleibt das Höchste doch auf Erden  
Immerhin die Polizei!  
Schon in Keimen, weich wie Butter,  
Bries als „Ordnungs-Himmelsmutter“  
Sie die große Dichterhand  
Schillers, der es doch verstand.

Schleicht des Nachts ein Hochverräther,  
Oder stürzt ein Droschkenpferd,  
Brüft man durch das Laktometer,  
Ob die Milchfrau ehrentwerth,  
Kommt Besuch von fremden Fürsten,  
Sind Trichinen in den Würsten:  
Polizei ist überall  
Gleich bei jedem schweren Fall!

Oft verschwindet ein Kassirer,  
Wo sie dann sofort (??) entdeckt,  
Dah er dorthin oder hierher  
Hat das Sündengeld versteckt.  
Auch den bösen Sozialisten,  
Der an den Regierungsbrüsten  
Saugt herum voll Schlangengift,  
Weißt sie aus, wenn sie ihn trifft.

Im Theater läßt beim Singen  
Wie auch Sprechen sie Zensur,  
Und es kommt den ärgsten Dingen  
Oft ihr Nothhülft auf die Spur:  
Das Couplet, drin stets die Fäule  
Lauert, streicht sie, und die Fäule  
Zeigt, woselbst sich Jedermann  
Dann das Schlimmste denken kann.

Endlich gar die Zeitungsblätter,  
Die gewöhnlich zwecklos scharf —  
Da zum Beispiel über's Wetter  
Man genug doch schreiben darf —  
Nöthig ist's der Ordnung wegen  
Mit Beschlag sie zu belegen,  
Oder aber gänzlich todt  
Sie zu machen durch Verbozt!

Denn man glaubt nicht, wie gefährlich  
Die gedruckten Sachen oft,  
Weil das Publikum sie schwerlich  
Alle liest, bis unverhofft  
Plötzlich man durch die Behörden  
Ruh daran erinnert werden  
Und sich sagt: Rein, wie verrückt!  
Und's dann noch zu kriegen sucht.

Ja, so zeigt es zum Erbarmen  
Sich hier wieder, dah der Mensch  
An der Hand nur des Gensdarmen  
Tugendhaft und vaterländisch!  
Während der „Berufsverfehlen“  
Hänfing hat Talent zum Hebler,  
Und Verbrechen, noch so schwer,  
Federleicht dem Redakteur!

Darum wünscht' ich unmaßgeblich,  
Dah durch der Regierung Kraft —  
Weil sie schlecht und unerblich —  
Wird die „Presse“ abgeschafft;  
Denn was soll uns durch die Zeitung  
Diese hastige Verbreitung?  
Später durch die Botenfrau  
Hört man's doch auch noch genau!  
R. S. C. („urr“).

### Der Untergang des Kleinhandels und die Sozialdemokratie.

(Korrespondenz aus Frankreich.)

#### I.

Wie der Kleinhandel durch die Riefengeschäfte erdrückt wird.

Der französische Kleinhandel hat sein letztes, ähnlich wie unser deutscher, soeben eine furchtbare Krise durchgemacht.

Das Emporblühen und Gedeihen der großen Magazine geht mit dem Bankrott und Zusammenbruch von hunderten kleiner Kaufgeschäfte Hand in Hand.

Schon seit Jahren führen die französischen, besonders die Pariser Kleinhändler einen jähen Feldzug gegen die großen Magazine, welche binnen kurzem den Handel eines ganzen Stadtviertels auffaugen.

Letzen Sommer machten ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Riesenbazzars weniger von sich reden. Zum Theil war die ganze Aufmerksamkeit der politischen Lage zugewendet, zum Theil auch hoffte der Kleinhandel, dah ihm die Ausstellung mit ihrem gesteigerten Verkehr auf einen grünen Zweig helfen werde.

Die politische Lage hat sich ruhiger gestaltet, die Ausstellung ist mit einem ungeahnten Erfolg zu Ende gegangen, der Kleinhandel befindet sich aber in der nämlichen unsicheren und schlimmen Lage, wie zuvor.

Die Ausstellung hat zwar einen größeren Kaufverkehr, besonders auch einen größeren Waarenabfah nach dem Auslande zur Folge gehabt, aber es sind nur die Großbetriebe, die Riesenmagazine gewesen, welche davon profitirt haben. Mit ihren weitgestreckten Fagaden, ihren geschmackvollen und reichen Auslagen, ihrer marktschreierischen Reklame, aber auch auf Grund ihrer wirklichen Vortheile an Güte, Eleganz und Billigkeit der Waare zogen sie den Strom der fremden Käufer an. Die kleinen Läden, mit ihrem unscheinbaren Aeußeren, ihrer geringen Auswahl, die nicht immer das Neueste bietet, standen leer. Der Strom des Fremdenverkehrs wälzte sich abseits von ihnen vorüber und staunte sich in den meisten Hallen des „Louvre“, „Bon Marché“ und ähnlicher Riesen-geschäfte an.

Nicht nur die enttäuschten Hoffnungen lassen die Kleinhändler ihre Lage mit Bitterkeit und Sorge betrachten, sondern dieselbe hat sich gerade infolge der Ausstellung zum Theil thatsächlich verschlechtert. In Erwartung des bevorstehenden Mehrumsatzes waren vielfach Ausgaben für Renovirung und Ausstattung der Lokale, waren Mehreinkäufe gemacht worden, die nun nicht die erwarteten Profite getragen haben.

So erhebt sich von neuem und stärker als je der Schrei des von der ökonomischen Entwicklung unwillkürlich zum Tode verurtheilten Kleinhandels, der noch mit rührseliger Wehmuth der Zeit der sieben fetten Kühe Bharata's gedenkt, wo ihm die großen Magazine nicht die Kundschast freitig machten.

Mit dem Sieg der Großproduktion, des Großbetriebes sind auch die Existenzbedingungen des Kleinhandels durchaus revolutionirt worden. Früher konnte im allgemeinen der Kleinhändler hinter seinem Ladentisch ein idyllisches Pflasterleben führen. Mit seinem Kleinkapitälchen kaufte er seinen Waarenvorrath ein, für den er auf langsame, aber sicheren Absatz zu festen Preisen rechnete, auf die er halten konnte, weil ihm niemand durch Unterbietung die Kundschast abspenstig machte. Die anderen Kleinkaufleute in seiner Nachbarschaft kauften und verkauften unter den gleichen Verhältnissen wie er selbst, wodurch die Konkurrenz in gewissen Schranken gehalten wurde. Mit dem Großhändler oder auch direkt den Kleinproduzenten, bei denen er einkaufte, stand er meist in jahrelangem geschäftlichen Verkehr. Wenn der Kleinhändler nicht baar einkaufte, so brauchte er doch keine unverhältnismäßigen Wucherzinsen zu zahlen, denn sein Gläubiger kannte die „Solidität des Hauses“. Die Waaren konnten lange auf Lager liegen, ohne an Güte zu verlieren oder durch „altmodisch werden“ am Werthe einzubüßen.

Der Kleinhändler arbeitete im Geschäft, seine Frau, seine Kinder waren ihm bei seiner Thätigkeit behülflich, war ein Sohn da, so arbeitete er sich meist von Jugend an in das Geschäft ein und übernahm dasselbe späterhin. Fremde, entlohnte Arbeitskraft ward nur in geringem Umfange verwendet in der Gestalt von Lehrlingen, Kommis, welche sich in die Geheimnisse des Messens, Wiegens, Auspreisens, Buchführens zc. einweihen wollten, um sich später selbständig zu machen. Diese im Kleinhandel verwendeten Hilfskräfte wurden meist als zur Familie gehörig betrachtet. Ihr Stand als entlohnter Hilfsarbeiter war kein bleibender, sondern in der Regel nur ein Durchgangspunkt, eine Lehr- und Wanderzeit, welche mit der Selbstständigkeit abschloß. Wenn es dem „Kommis“ nicht gelang, durch Gewinnung der traditionellen Tochter des Prinzipals in das „Geschäft einzuheirathen“, so suchte er sich sonstwo selbständig zu etabliren.

So konnte der Kleinhändler ohne Kuzus und Mühsig-gang eine behagliche Spießbürgerexistenz führen.

Mit Gründung der großen Magazine, welche erst durch die Großindustrie ermöglicht ward, ist dies alles durchaus anders geworden. Die findigen Großkapitalisten, welche recht gut wußten, dah jede Zirkulation des Geldes durch Waare (Geld — Waare — Geld) immer mit einem Plus an Geld abschließt, erkannten, dah das Geld um so besser Früchte trage, je höher es sich hebe, je vielfacher es seine Zirkulation durch die Waare vollziehe, je öfter es also als Mehr-Geld wieder erscheine. Hatte der Kleinhändler im Laufe eines Jahres 1000 Mark zu 4 pCt. einmal durch Einkauf und Verkauf von Waare zirkuliren lassen und also 40 Mark Profit gehabt, so mußten 1000 Mark, welche der Besitzer großer Magazine in einem Jahre zu nur 2 pCt. fünfmal durch Einkauf und Verkauf zirkuliren ließ, 100 Mark Gewinn bringen. Der niedere

Zinsfuß, ausgedrückt durch einen niederen Preis, zu dem die Waaren losgeschlagen wurden, verursachte deren schnellen Absatz, also die schnelle und oft wiederholte Zirkulation des Geldes durch die Waare hindurch und damit am Ende höheren Gewinn.

Der Kleinhandel konnte beide Momente nicht ausnutzen, da es ihm an dem nöthigen Kapital fehlte, um die Waarenvorräthe unanufhörlich in rascher Aufeinander-folge zu erneuern, dieselben heute mit Verlust loszuschlagen, um morgen dafür dreifachen Gewinn einzuhelmen, und um seinen Betrieb auf großem Fuße einzurichten. So blieben die großen Magazine mit ihren Vortheilen ein Monopol des Großkapitals.

Die Großkapitalisten, welche sie in den Händen hatten, kauften kraft ihrer Mittel im großen, sie kauften baar, sie kauften beim Großproduzenten ein, profitiren also einen beträchtlichen Rabatt. Viele besitzten überhaupt selbst Fabriken oder lassen tausende von Proletariern direkt für ihre Magazine arbeiten. So ist es ihnen möglich, den Preis der Waaren von vorn herein niedriger zu stellen, als dies der Kleinhändler thun kann.

Dazu bedeutet der konzentrirte Betrieb eine bedeutende Ersparniß an den allgemeinen Betriebskosten, die durchaus nicht proportionell dem größeren Umsatz wachsen, sondern relativ abnehmen. Ein je mehr größeres Lokal kostet nicht zehnmal mehr Miethszins als das zehnmal kleinere, es fordert auch nicht zehnmal mehr Heizung, Beleuchtung. Der um das zehnfache gesteigerte Verkehr macht nicht zehnfach vermehrte Bedienung nöthig. So ist eine weitere Herabsetzung der Waarenpreise in den großen Magazinen möglich, welche zu deren rascherem Absatz zur öfteren Zirkulation des Kapitals und Summa Summarum zu fetteren Profiten beiträgt.

Dazu können die großen Läden stets das Neueste, oft auch zu gleichen Preisen Besseres bieten, als die Kleingeschäfte. Ihr Lager enthält stets, was der neuesten Mode entspricht, da der schnelle Absatz grundsätzlich keine „Ladenhüter“ aufkommen lassen darf.

Die elegante Ausstattung der Verkaufsräume, eine riesige Reklame, Prämiengeschenke, allerhand Bequemlichkeitseinrichtungen locken das Publikum an. „Bon Marché“ und „Louvre“ haben z. B. ein Buffetzimmer, in welchem jedem Besucher der Magazine gratis Wein, Likör, Bisquits verabreicht werden, sie sind mit Geselabieteten ausgestattet, in denen hunderte von Zeitungen in verschiedenen Sprachen, Zeitschriften zc. aufliegen, in denen man alle Schreibutensilien, Papier findet u. s. w.

Dem Kleinhändler fehlt der Athem, d. h. das Kapital, um mit den Einrichtungen der großen Magazine Schritt halten zu können. Er kann nicht immer an der besten Quelle, er kann auch nicht im großen und gegen baar einkaufen. Er erhält also schlechtere Waare zu theurerem Preis und gibt schlechtere Waare zu höherem Preis. Die kühnen Spekulationen sind ihm von vornherein durch den Mangel an Kapital verboten. Die Betriebskosten seines Liliput'schen Lädchens stellen sich relativ hoch heraus und belästigen die Preise der Waaren, die oft lange auf Lager bleiben, dadurch entwerthet und zu altem Randsch werden. Es fehlt an der Möglichkeit, Kundschast anzuloden und festzuhalten. Die früheren Käufer gehen nach und nach verloren, sie wenden sich den großen Magazinen zu, wo sie den Einkauf angenehmer und vortheilhafter finden.

So führt der Kleinhändler eine sorgenvolle Existenz, ewig von dem Gespenst der drohenden Bankrotis verfolgt, der auch in vielen Fällen nicht auf sich warten läßt. Wenn das Gericht der Kleinfram nicht schließt, so stellt oft der Geschäftsinhaber selbst den Betrieb ein und wendet sich einem anderen Berufszweig zu oder tritt als Kommis, Buchhalter zc., kurz als Lohnarbeiter in die großen Magazine ein.

#### II.

Das kaufmännische Proletariat und seine Rettung durch den Sozialismus.

Während die großen Handelsbetriebe einerseits den Kleinhandel zu Grunde rücken, ihn unbarmherzig vom Markte fegen, schlossen sie andererseits ein zahlreiches **kommerzielles** (im Handel thätiges) **Proletariat**.

Die Lohnarbeit im kaufmännischen Betrieb ist nicht mehr ein Durchgangspunkt mit Aussicht auf die selbständige Etablirung. Sie wird zu einem lebenslänglichen Stand, den der Betreffende nicht mehr entgehen kann. Der kaufmännische Lohnarbeiter hat so wenig Aussicht wie der industrielle Proletarier, sich je selbständig machen zu können. Er kann genugsam, dies mit einem Kapitalchen zu versuchen, so bläst der Großhandel seinem Zwergbetrieb bald genug das Lebenslicht aus. Zwar bildet sich das Gros der „Handelsbessenen“ und „Kommis“ und wie sie sich sonst nennen, ein, dah sie etwas mehr und etwas besseres seien, als wie die industriellen Lohnarbeiter. In Wirklichkeit sind sie genau die gleichen Lohnflaven wie letztere, ja oft noch schlechter gestellte, noch härter ausgebeutete.

Wie der Citrusbaum nach einem Strohalm, so greift der todtwunde Kleinhandel nach allerhand Palliativmitteln, mittels derer er sich aus seiner Nothlage zu ziehen glaubt.

Der französische Kleinhandel hat im vorigen Jahre ein milderer Bankrottgesetz erhalten; die Kleinhändler schließen sich zu Genossenschaften zusammen, um die Einkäufe im Großen zu ermöglichen; sie organisieren sich in Ligen (Verbänden), welche die Gesetzgebung und die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen suchen. Sie verlangen in energischer Weise Restriktions- (Unterdrückungs-) Maßregeln, welche die Entwicklung der großen Magazine unterbinden sollen. So fordern sie, z. B., daß jeder Magazinbesitzer, welcher mehr als 5 Handelsbranchen in seinen Lokalitäten vereinigt, für jede Branche mehr eine starke Progressivsteuer d. h. eine mit der Größe vertheilten Einkommensvermögens immer rascher anwachsende Steuer) entrichten solle. Ferner sei die Miethsteuer, sowie die Steuer auf die Angelegten gleichermaßen progressiv zu steigern. Eine andere Forderung läuft darauf hinaus, alle Magazine, die mehr als 5 Handelsbranchen betreiben, mit einer so hohen Steuer zu belegen, daß es materiell unmöglich wäre, viele Handelsbranchen in ein und derselben Lokalität zu betreiben.

Im allgemeinen sind alle Forderungen der kleinhandlertischen Ligen darin einig, progressive Steuern auf die Zahl der ausgeübten Handelsbranchen und im Verhältnis zu der Größe des Lokals und der Beschäftigten zu fordern.

Die Kleinhändler setzen Himmel und Erde in Bewegung, damit ihre Wünsche in Geseze verwandelt werden. Allein sie werden nie eine Verwirklichung derselben sehen: **die politische Gewalt ist in den Händen des Großkapitals**, und dieses wird sich wohl hüten, sich durch ähnliche Maßregeln in's eigene Fleisch zu schneiden.

Andererseits ist eine Beschränkung der großen Magazine im Interesse der Konsumenten **durchaus nicht zu wünschen**, denn im allgemeinen ist es nicht zu bezweifeln, daß das Publikum hier besser und billiger kauft, und daß es nichts dabei gewinnen würde, wenn es auf den Kleinhandel angewiesen wäre. Die großen Magazine zeigen außerdem alle die Vortheile, welche der Großbetrieb mit sich bringt, und die allerdings heute noch nur einigen Individuen zu gute kommen, die aber in der **künftigen Gesellschaft nur zum Nutzen Aller** werden.

Sie illustrieren deutlich die ungeheure Ersparnis an Zeit und Kraft und die größere Produktivität der Arbeit, die Hand in Hand mit der Konzentration geht.

Die großen Magazine sind von Bazars und Vorrathshäusern der **sozialistischen** Gesellschaft nur durch eine sehr dünne Scheidewand getrennt: durch den Besitzer — sei es in Gestalt einer Privatperson oder einer Aktiengesellschaft. Dieser Besitzer kann verschwinden, ohne daß die Funktionierung des Betriebs im Geringsten geschädigt wird, da dieselbe ausschließlich von bezahlten Lohnarbeitern, Kassierern, Buchhaltern, Verkäufern geleitet wird.

Der Entwicklungsprozess endet vor der Hand allerdings mit dem **Kain der Kleinhändler** und deren zertrümmerte Existenzen verdienen gewiß alle Sympathie. Aber durch **Zurückschrauben auf die alten Verhältnisse, durch die Bekämpfung der großen Magazine kann ihnen nicht geholfen werden**. Mit dem gleichen Recht, wie die Kleinhändler Unterdrückungsmaßregeln gegen die großen Magazine verlangen, können auch die Fuhrwerkbesitzer eine Beschränkung des Eisenbahnverkehrs fordern, können die Besitzer von Segelschiffen den Dampfkräften einen Krieg auf Tod und Leben erklären. Die Forderungen der Innungsbrüder auf Wiederherstellung der mittelalterlichen Kunst, haben genau denselben Nutzen, nämlich keinen.

Der Prozess der Auffaugung der kleinen Kapitalien durch das Großkapital geht seinen Gang weiter und bereitet die **Ueberführung alles Kapitals in Gesellschaftsbesitz** vor. Daß dies geschieht, — ist kein Rückschritt, sondern ein Fortschritt.

Berechtigt ist dagegen die Forderung, das Schicksal der enteigneten Kleinhändler so erträglich als möglich zu gestalten. Ihre Expropriation durch das Großkapital wirkt sie unvermeidlich in die Reihen des **Proletariats**. Ihre Lage kann also nur verbessert werden durch **Hebung der allgemeinen Lebensbedingungen des Proletariats auf Kosten des Kapitals**. Unwiderruflich dazu verurtheilt, solange die kapitalistische Gesellschaft besteht, Lohnarbeiter zu werden und zu bleiben, kann es sich für die ehemaligen Kleinhändler, wie sonstigen Kleinkapitalisten, nur darum handeln, dies unter solchen Bedingungen zu sein, die relativ erträglich sind und die ein **Aufnehmen und Durchführen des Kampfes zur Befreiung der Arbeit vom Kapital ermöglichen**.

Die Kleinhändler müssen sich in Rücksicht auf Gegenwart und Zukunft all den Forderungen in Betreff einer sozialen Hygiene anschließen, welche das industrielle Proletariat erhebt. Für die Gegenwart bedeutet deren Verwirklichung eine theilweise **Hebung der Konsumfähigkeit der Arbeiterklasse**, damit Hebung des Kleinhandels, an den sich der Arbeiter beim Einkäufen meist wendet und wenden muß. Für die Zukunft aber kommt diese Forderung den zu Arbeitern gewordenen Kleinkapitalisten selbst zu gute.

Endgiltig kann natürlich den Kleinhändlern erst geholfen werden, wenn mit Expropriation der Großkapitalisten und **Ueberführung aller Kapitalien in den Besitz der Gesellschaft** der Widerstreit zwischen den verschiedenen Interessengruppen ein Ende nimmt. Die künftige

Gesellschaft wird denen, welche besondere Lust und Neigung zu dem Schichten, Ordnen, Vertheilen der Waaren, zu dem Führen der Bücher haben, genug Gelegenheit bieten, ihre Kräfte in den großen Vorrathshäusern zu verwenden.

Die Kleinhändler haben mit dem Eingehen ihrer Kleinbetriebe durchans nichts zu verlieren. Was sie zur Ausübung ihres Gewerbes, zum verzweifelten Kampf für die Fortexistenz ihrer Zwerggläubchen bestimmte, war zunächst der Wunsch, sich eine möglichst leichte, sichere, auskömmliche und sozial vorteilhafte Existenz zu verschaffen — und diese wo möglich noch für ihre Kinder zu verbürgen. Sobald die Gesellschaft die Garantie übernimmt, daß dies in der neuen Form der wirtschaftlichen Verhältnisse möglich ist, daß jedes Individuum, welches für die Gesellschaft arbeitet, einer solchen Existenz versichert ist, kann es ihm ganz gleichgültig sein, ob die Arbeitsmittel, mit denen er operirt, sein individueller Besitz sind, oder ob sie der ganzen Gesellschaft gehören. Hauptfache ist dann, daß Dasjenige, was er damit schafft, ihm ohne Tribut an Fremde vergütet wird.

## Sozialismus und Anarchismus.

### I.

**pf.** Wir hegen keineswegs die Absicht, im folgenden eine eingehende Klarlegung der zwischen dem Sozialismus und Anarchismus bestehenden prinzipiellen wie formellen Gegensätze zu geben. Dieselben sind oft genug betont worden, und wir haben keinen Anlaß, sie abermals hervorzuheben.

Allein die Wahlen zum deutschen Reichstage stehen jetzt vor der Thür, und die von den Offiziösen ausgegebene Wahlpapare „gegen die Sozialdemokratie und ihre Begünstiger“ hat bereits angefangen, ihre Früchte zu zeitigen, eine wie fehlerhafte und mithin thörichte Taktik auch in jener Parole vom Kartellstandpunkt selbst aus liegen mag. Es gilt vor allem, dem Philister Angst einzujagen, und daher müssen die alten Lügen und Märchen über das rote Gespenst, von neuem herhalten.

Um diesen edlen Zweck zu erreichen, ist man nun eifrig bemüht, die Identität von Sozialismus und Anarchismus nachzuweisen. Man will dem Sozialismus die heuchlerische Maske vom Gesicht reißen, um ihn vor den Augen der deutschen Wähler als verkappten Anarchismus zu brandmarken und dieselben dadurch zu veranlassen, daß sie sich Hals über Kopf in die reitenden Arme des alleinseligmachenden Kartells stürzen und sich von einer neuen Angstmajorität fünf Jahre lang das Fell über die Ohren ziehen lassen. Daß trotz aller gegentheiligen Behauptungen die sozialistischen und anarchistischen Bestrebungen sich genau decken, ist also der Lehrsatz, welcher für die wohlgefönnete, vaterlandsfreundliche Presse zu beweisen ist.

Zu zwar nicht sehr scharfsinniger, aber immerhin origineller Weise suchte die „Kreuzzeitung“ sich dieser Aufgabe zu entledigen, indem sie in einem Artikel „die Entwicklung des Sozialdemokratismus zum Anarchismus“ für die Richtigkeit jener Behauptung Zeugnisse und Belege aus der sozialistischen Litteratur herbeizubringen suchte.

Eine vor einigen Jahren geschcene Aeußerung Bebel's ist es, an die sich das genannte Junkerblatt zunächst bei seiner Argumentation klammert. „Schon im Jahre 1875 war das Ideal der gesammten sozialdemokratischen Litteratur „der freie Volksstaat“, er war die hauptsächlichste Forderung des Eisenacher Programms und des Gothaer Kongresses.“ Und, fährt die „Kreuzzeitung“ weiterhin fort, nach einem „Unsere Ziele“ betitelten Aufsätze Bebel's in dem längst entschlafenen Blatt „Volksstaat“ zu schließen, war auch dessen Ideal einst der freie Volksstaat.

„Indessen Ziele und Menschen ändern sich; oft nicht zu ihrem Vortheil.“

Was der Bebel von 1870 erstrebte, heut belächelt er es. Er hat seinen Aufsatz nämlich als 5. Heft der „sozialdemokratischen Bibliothek“ noch einmal aufgelegt, aber mit einer Vorrede des Inhalts eingeleitet, daß er sich bei „seinen mit der Entwicklung der Bewegung fortgeschrittenen Anschauungen mit dem eigentlich positiven Theile der Ausführungen in der Schrift nicht mehr allenthalben einverstanden erklären könne.“ Es sei aber nicht möglich gewesen, etwas daran zu ändern, „ohne den ganzen Inhalt in Frage zu stellen, so daß nichts als der Titel übrig geblieben wäre.“ Die Schrift ercheine jetzt nur als „Jugend einer Phase in der Bewegung“, die auch für den Nachwuchs der Partei ihr Interesse besitze. Mit einem Worte, Bebel hat dem freien Volksstaate, dem ehemaligen Ziele der sozialdemokratischen Partei, den Laufpaß gegeben.

„In welcher Richtung“, kombiniert oder vielmehr denündigt die Kreuzzeitung, die Bebel'schen Anschauungen fortgeschritten, kann nur errathen werden, er selbst hält sich in Schweigen. Die Vermuthung (!!) spricht für einen Fortschritt zum Anarchismus. Denn welcher Vorwärtswortentwicklung wäre der Sozialdemokratismus sonst noch fähig! Dem widerspricht allerdings die Resolution des St. Gallener Kongresses vom 5. Oktober 1887, welcher die anarchistische Gesellschaftstheorie für antisozialistisch erklärt. Den wahren Verth dieser offiziellen Parteierklärung wird man indessen leicht erkennen, wenn man erwägt, daß das Lebensinteresse der Sozialdemokratie es heute noch verbietet, dieselbe eingeständenermaßen in das anarchistische Fahrwasser zu steuern. Für ein solches Experiment ist der Geschmack der Masse zur Zeit noch nicht genügend verdorben. Dazu bedarf es noch einer nachhaltigen Agitation seitens der weiter fortgeschrittenen Führer.“

Also Behauptung: Bebel ist Anarchist. Beweis: Er erklärt selbst, er habe gegen früher seine Ansichten in betref der zukünftigen Gestaltung der Gesellschaft theilweise geändert. Da er sich nun über seine neuen Ansichten ausschweigt, so ist zu vermuthen, daß er Anarchist geworden ist. Folgerung: Wenn der Sozialismus sich heute nicht

offen als Anarchismus bekennet, so geschieht dies nur aus praktischer Berechnung, nämlich um die Masse dadurch nicht abzuschrecken. Weitere Folgerung: Also, deutscher Michel, siehe auf, nimm deinen Stimmzettel, gehe hin und stimme für den Kandidaten der Ordnung.

In der That, eine saubere Argumentation. Daß dabei eine ganz perfide Verdrängung mit unterläuft, genirt uns weiter nicht, denn das ist halt so bräuchlich bei den Schützen der Kreuzzeitung.

Dem beschränkten Untertanenverstande des vermuderten Junkerthums ist es unbegreiflich, wie ein Mensch im Laufe seines Lebens noch etwas lernen könne; ihm selbst ist so etwas nie passiert. Es hat nichts gelernt, aber auch nichts vergessen. Nach welcher Seite hin das Muder- und Junkerthum entwickelungsfähig sein sollte, ist allerdings nicht abzusehen. Die einzige Entwicklung, deren solche Mumien noch fähig sind, ist ihr Zerfall zu Staub und Blunder.

Daß die sozialdemokratische Bewegung verschiedene Entwicklungsphasen durchlaufen hat, ist unleugbar und ist von uns nie geleugnet worden, und daß sie trotz ihres jungen Ursprungs bereits mehrfache Haltungen erlebt hat, ist nur ein Zeichen für ihre hohe Entwicklungsfähigkeit und die geistige Reife, die sie schon erlangt hat. Freilich ist diese Bewegung nicht aus dem Schoße der Zeit herausgesprungen, vollkommen wie die Minerva aus dem Kopfe des Zeus. Sie hat nicht von vornherein die absoluten Prinzipien mitgebracht, nach denen sie die Welt mobilisieren konnte, und wenn sie dies anfangs vielleicht geglaubt hat, so hat sie sich bald eines besseren belehrt. Die Produktivassoziation mit Staatskredit ist dem freien Volksstaat gewichen, und der freie Volksstaat der sozialistischen Gesellschaft (nicht der anarchistischen, wie die „Kreuzzeitung“ gerne unterschleiben möchte).

Wir brauchen uns dieser Wandlungen in den Anschauungen unserer Partei wahrlich nicht zu schämen, wir können vielmehr stolz darauf sein. Sie zeigen, daß ihre Entwicklung nie stagnirt hat, sondern stets fröhlich vorwärts gediehen ist.

Als die deutsche Arbeiterbewegung in den sechziger Jahren in Fluß kam, hatte sie noch nichts gelernt; sie hatte erst zu lernen, und daß sie, während sie lernte, mehrfach ihre Ansichten änderte und modifizierte, ist daher nur zu natürlich. Mit der wachsenden Einsicht in das Wesen und den Lebensprozess der heutigen Gesellschaft wuchs auch das Verständnis der eigenen Zukunft. Je mehr die Kenntniß der Umwandlungsbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft sich mehrte, klarte und vertieft, um so klarer, deutlicher, unphantastischer traten die allgemeinen Umriffe des Baues der zukünftigen Gesellschaft hervor; ihre Existenzbedingungen und Grundzüge ließen sich mit Nothwendigkeit auf jene ableiten. Was mit derartiger fortgeschrittenen Ansichten über den Lauf der Dinge nicht mehr übereinstimmte, mußte folgerichtiger Weise von der Partei abgestoßen werden und wurde abgestoßen. Bebel war als blufjünger Mann in die Reihen der Arbeiterbewegung getreten und hat alle Phasen der Partei mit durchgemacht. Die früh von ihm verfasste Schrift „Unsere Ziele“ ist daher mit Recht ein geschichtliches Dokument zu nennen, da sie die Entwicklungsstufe, auf der sich der Sozialismus in Deutschland zu Ende der sechziger Jahre befand, getreu wieder spiegelt.

Die Erkenntniß, daß die Produktivassoziationen mit Staatskredit noch vollständig auf dem Boden der heutigen Gesellschaft ständen und daß mit ihrer Errichtung folglich am Grundcharakter des bestehenden Ausbeutungssystems nichts geändert sei, räumte mit diesem Schlagwort gar bald auf. Dasselbe wurde, nebenbei bemerkt, von Lassalle selbst nur als zweckmäßige Parole ausgegeben, mit der sich die streitbare Macht des Proletariats zum politischen Kampfe gegen die Bourgeoisie unter gemeinsamer Fahne sammeln sollte. Aus Lassalle's später veröffentlichten Briefen an Rodbertus geht dies zur Genüge hervor, da er sich jenem gegenüber bereit erklärte, seine Parole fallen zu lassen, sobald ihm eine bessere geboten werden sollte.

Nicht viel besser erging es dem freien Volksstaat, der im sozialdemokratischen Programm prangte. Derselbe zeigte in gewissem Sinne noch bürgerlich demokratische Affären und bewies, daß sein Bild von Angehörigen der heutigen bürgerlichen Gesellschaft entworfen worden war. Die tiefere Kenntniß des Ursprungs und der historischen Entwicklung des Staates zertrat auch diese Illusion. Mit dem Aufhören des Privateigenthums und dem Eintritt des Gemeineigenthums an allen Produktionsmitteln wird nothwendig jeder Klassengegensatz vernichtet und damit konsequenter Weise auch der Staat als solcher; denn der Staat war und ist nichts anderes als der politische Ausdruck eines ökonomischen Klassengegensatzes. In einer Gesellschaft, der somit alle Bedingungen des Staates fehlen, ist das Fortbestehen der Staatsform nicht nur undenkbar, sondern unmöglich.

Diese großen Fortschritte in den theoretischen Anschauungen der deutschen Sozialdemokratie sind unseren Leuten von der „Kreuzzeitung“ entweder nie bekannt oder von ihnen nie begriffen worden. Sie wären nicht die einzigen, denen das historische Verständnis der modernen sozialistischen Bewegung verschlossen geblieben ist. Daher blieb auch Bebel's Bemerkung über das Vorwärtsschreiten seiner Ansichten in der Vorrede zu der genannten Schrift den Leuten der Kreuzzeitung dunkel und unverständlich.

Aber das machte jenen absolut nichts. Sie hielten sich tapfer an Leifings Mahnung:

Im Anlegen seid frisch und munter;  
Legt ihr nicht aus, so legt ihr unter.

Und mit Taschenpielergeschwindigkeit folgern sie aus dem geheimnißvollen Fortschritt Bebel's das verschämte

Gekändnis des Anarchismus, eine Argumentation, die nichts weniger als verschämmt ist.

Die „Kreuzzeitung“ spreizt sich fast in jeder Zeile ihres Artikels mit der genauen Kenntniß der sozialdemokratischen Litteratur. Sie macht sich damit ebenso unfähig lächerlich, wie der Kabe mit den Pfauenfedern.

„In welcher Richtung die Bebel'schen Anschauungen fortgeschritten, sagt sie, kann nur errathen werden, er selbst hält sich in Schweigen.“ Da der „Kreuzzeitung“ die ganze verbotene sozialistische Litteratur zu Gebote steht, so müßte sie wissen, daß Bebel sich über seine fortgeschrittenen Anschauungen nicht ausgezwungen hat. In seiner während der achtziger Jahre entstandenen Schrift „Die Frau in der Vergangenheit“ u. s. w., legt er vielmehr dieselben ziemlich ausführlich dar, und sie sind vom Anarchismus noch weiter entfernt als diejenigen der Ultrareaktionären.

Wenn übrigens der Artikelschreiber der „Kreuzzeitung“ das nicht weiß, weil er nicht im Besitz der zuletzt genannten Bebel'schen Schrift ist, so ist damit aufs neue erwiesen, wie demoralisirend das Sozialistengesetz wirkt, freilich in diesem Falle nicht auf die Sozialdemokraten, sondern auf deren Gegner. Seine Unkenntniß der sozialistischen Litteratur verleitet jenen Skribenten zu Verdächtigungen, die sonst unmöglich gemacht wären.

Ob wohl die Konservativen in solcher weisen Selbsterkenntniß gegen das Sozialistengesetz bei dessen dritter Lesung gestimmt haben? —

Mit einer anderen Brachilleistung der „Kreuzzeitung“, in der sie die Identität der Lehren von Friedrich Engels und derjenigen eines John Most mit genialer Kühnheit demonstriert, wollen wir unsere Leser weiter unten bekannt machen.

## II.

Dem was kein Verstand der Verständ'gen sieht,  
Das ahnet in Einfalt ein kindlich Gemüth.

Dieses Sprüchlein bewährte sich also bei der „Kreuzzeitung“ aufs neue. Wie das unschuldige Gretchen hinter Mephisto den Bösen ahnt, so die Kreuzzeitung hinter Bebel den Anarchisten. Indeß, selbst unser ahnungsvoller Engel kann es schließlich nur „vermuthen“, was in Wahrheit hinter dem „sich in Schweigen hüllenden“ Bebel steckt. Das hilft jedoch diesem sammt der Sozialdemokratie nichts. Bei einer kritischen Durchscheidung der verbotenen sozialistischen Litteratur findet sich jene „Vermuthung“ vollauf bestätigt: der schweigende Bebel wird durch den redenden Engels verrathen.

Innerlich triumphirend über die gemachte Entdeckung schreibt das edle Junkerblatt:

„Daß der Sozialdemokratismus in der That zum Anarchismus fortgeschritten ist, lehrt die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ von Engels, ein Glaubensbekenntniß von anerkannter Offenheit und aus berufener Feder. Wer hätte ein besseres Recht, im Namen der sozialdemokratischen Partei zu sprechen, als dieser Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, der treue Gefährte von Karl Marx? Und in der That bietet Engels, was er in seiner Schrift giebt, dem Leser dar als den wissenschaftlichen Sozialismus schlechthin, als das theoretische Glaubensbekenntniß der Sozialdemokratie. Zum Ueberflus hat noch die Redaktion des offiziellen Parteiorgans, des Bäricher „Sozialdemokrat“, Herrn Engels er sucht, die bereits in französischer Sprache erschienene Broschüre ihr als Agitationschrift zu überlassen, „da innerhalb der deutschen sozialdemokratischen Partei allgemein das Verlangen nach Herausgabe neuer Propagandaschriften erhoben worden sei.“ Nach alledem dürfte es unzweifelhaft sein, daß sich die Anschauungen auch Herrn Bebels und Genossen im wesentlichen mit denen Friedrich Engels decken, d. h. aber ebenfalls mit denjenigen — John Most's. Enthält doch „die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ ein energisches, überzeugtes Bekenntniß zum Anarchismus.“

Man wird gespannt. Wie sicher die Kreuzzeitung ihrer Sache sein muß, wenn sie einen solchen Apparat von Argumenten und Thatfachen in Bewegung setzt, um den „Herren Bebel und Genossen“ jede Möglichkeit zu nehmen, die genannte Schrift von Engels von ihren Nachschöben abzuschütteln. Sie hätte es aber wohl bequemer haben mögen. Jeder einigermaßen belehene sozialistische Arbeiter, den sich die Kreuzzeitung von der Strafe heraus ins Redaktionsbureau geholt hätte, würde ihr mit Vergnügen bekannt haben, daß er in seinen Anschauungen voll und ganz auf dem Boden der Engels'schen Schrift stehe.

Und nun zitiert die Kreuzzeitung zum Beweis für ihre Behauptung die folgenden Stellen aus Engels Schrift:

„Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften, noch die in Staatseigenthum, hebt die Kapitalgesellschaft der Produktivkräfte auf. Bei der Aktiengesellschaft liegt dies auf der Hand. . . . Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der idealistische Gesamtkapitalist. . . Das Staatseigenthum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts. . . . Vielmehr rath der Verfasser, „die Gesellschaft (im Gegensatz zum Staat) möge offen und ohne Umwege“ Besitz ergreifen „von den, jeder anderen Leitung als der ihrigen, erwachsenen Produktivkräften.“ Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigenthum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf und damit auch den Staat als Staat. . . . Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft — ist zugleich sein letzter selbstständiger Akt als

Staat. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht abgeschafft, er stirbt ab. Hieran ist die Phrase vom „freien Volksstaat“ zu messen, also sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung, wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzulänglichkeit.“

Nun? Weiter, weiter! wird der Leser ungeduldig sagen. Ja, das ist alles. Alles, was zum Beweise der Behauptung, der Sozialismus sei nur ein verkappter Anarchismus, vorgebracht wird.

Was in dem angeführten Zitat von Engels als das Produkt einer geschichtlichen Entwicklung dargestellt wird, eine Gesellschaft mit Gemeineigenthum an allen Produktionsmitteln, deren Fortexistenz unter staatlicher Form zugleich überflüssig ist, kurz was wir Sozialisten unter der sozialistischen Gesellschaft verstehen, das verandelt sich unter den Händen der Kreuzzeitung im Umdrehen in die „anarchistische freie Gesellschaft.“ Dieselbe macht nicht im mindesten Miene, den so pomphaft angekündigten Beweis für die Behauptung, Sozialismus und Anarchismus seien identisch, anzutreten. Sie behauptet die Identität, damit basta! Eine schöne Manier der Beweisführung. So lange der Beweis dafür, unser Ideal sei die „anarchistische freie Gesellschaft“, einzig und allein in der Versicherung der Kreuzzeitung besteht, so lange werden wir und jeder andere denkfähige Mensch mit uns den Beweis wohl für verunglückt ansehen müssen.

Wir wissen, wie oft absichtliche Fälschung und Unterdrückung der wohlbekannten Wahrheit von unseren Gegnern als Kampfmittel verwandt wird, indessen, ihre grauenhafte Unkenntniß alles dessen, was Sozialismus heißt, ist das weitaus am meisten angewandte. Welches Simmelsammelsurium von verkehrten Vorstellungen wohl in einem Junkerhirn als Sozialismus figuriren mag! Wenn dann so einem Junker hinterher einmal eine sozialistische Schrift in die Hände fällt, dann heißt es bei ihm: Das soll Sozialismus sein? Das ist ja gar kein Sozialismus; das kann nichts anderes als Anarchismus sein.

„Der „freie Volksstaat“ ist also, fährt die Kreuzzeitung fort, nichts weiter als eine schöne Jugenderinnerung der Sozialdemokratie, die noch bei Gelegenheit ausgewärmt wird, um zu loden, ein Agitationsmittel. Möglich, daß sie noch dann und wann Herrn Bebel und Genossen eine Thräne der Nahrung kostet. Ist es doch zuweilen ein übles Ding, konsequent sein zu müssen, genöthigt zu sein, den guten, freien Volksstaat mit der bösen anarchistischen „freien Gesellschaft“ zu vertauschen.“ Diese Bemerkung sowohl wie das aus der Engels'schen Schrift genommene Zitat lassen deutlich genug die Ursache erkennen, aus welcher die Kreuzzeitung die sozialistische Gesellschaft ohne weiteres mit der „anarchistischen freien Gesellschaft“ indentifizirt. Es ist ihr nämlich völlig unbegreiflich, wie eine in irgend einer Weise konstruirte Gesellschaft ohne die politische Organisation des Staates existiren könne, ohne zugleich in das Chaos der „freien anarchistischen Gesellschaft“ aufgelöst zu sein. Der Begriff von „Ruhe“, „Ordnung“ und „Befehmähigkeit“ hat sich in den Anschauungen vieler Menschen so innig mit dem Begriff der staatlichen Macht und Autorität, das heißt mit dem Begriff der nackten Gewalt verschmolzen, daß für dieselben eine Trennung beider unmöglich ist. Um dergleichen begreifen zu können, dazu gehört etwas mehr Denkfähigkeit und Wissen als das, über welches jene Leute verfügen können; ferner vollkommene Vorurtheilslosigkeit und das ehrliche Bestreben etwas neues zu lernen, beides Dinge, die jenen fehlen.

Um begreifen zu können, daß der Staat in einem sozialistischen Gemeinwesen zu völliger Bedeutungslosigkeit herabsinken würde, muß man die Rolle verstehen lernen, welche der Staat seit seiner Entstehung in der Geschichte der Vergangenheit und in der Gegenwart gespielt hat. Der Staat ist seit jeher der Staat der Ausbeuter und Unterdrücker gewesen. Ob Republik, ob Monarchie, ob Demokratie oder Oligarchie, das sind stets Formfragen gewesen, wenn auch zuweilen bedeutungsvolle, weil aus gesellschaftlichen Interessengegensätzen entspringend, aber Fragen, die das Wesen des Staats als solchen unberührt ließen. An die Stelle des antiken Sklavenstaats trat der mittelalterliche feudale Leibeigenen- und Hörigenstaat, an dessen Stelle der moderne Lohnarbeiterstaat. Die Form der Ausbeutung hat sich geändert, die Ausbeutung selbst ist geblieben. Der Staat hat für dieselbe nur den gesetzlichen, autoritativen Rahmen abgegeben; er ist der Ausdruck eines in dem ökonomischen Aufbau der Gesellschaft begründeten Klassengegensatzes gewesen. Dieser Klassengegensatz hat keineswegs seit jeher existirt, daher auch war die Gesellschaft nicht seither in die staatliche Form gepreßt. Es hat Gemeinwesen gegeben, in denen der Staat unbekannt war, weil es nichts auszubeuten und zu unterdrücken gab. Wer sich hierüber orientiren will, der lese Engels (nicht verbotenes) Buch „der Ursprung der Familie, des Privateigenthums, des Staats.“ Dort findet sich das geschichtliche Material über die Frage in systematischem Zusammenhang vor.

Wer hierin klar sieht, der sieht auch den Unverstand, der sich in der anarchistischen Forderung offenbart, der Staat solle von heute auf morgen abgeschafft werden. So lange die Institution des Staates in der gesellschaftlichen Organisation den Grund hat, auf dem sie steht, wird jene Forderung ein frommer Wunsch bleiben. Dagegen in einer Gesellschaft, welche mit allen Klassengegensätzen reinen Tisch gemacht hat, ist eine solche Forderung erst recht sinnlos. Der Staat existirt dann nicht mehr, weil seine ökonomische Unterlage nicht mehr existirt. Wenn sich die Redensart:

vom sozialistischen „Staat“ in der Einbildung unserer Gegner fortgesetzt hat, so ist das die Schuld ihrer eigenen Unwissenheit. Finden sie dann bei einem Blick in die sozialistische Litteratur, daß ihre Vorstellung vom „sozialistischen Staat“ Lügen gestraft wird, so schreiben sie über Anarchismus. Wenn diese einfältige Behauptung alles ist, was sie über die vermeintliche Identität von Sozialismus und Anarchismus vorbringen können, dann können sie sich begraben lassen.

Nun, wir denken nicht im Entferntesten daran, Aeußerungen der Kreuzzeitung für ernst zu nehmen; ernst ist ihr nur das ehrliche Bestreben, jede freie Regung irgend welcher Art im Keime zu ersticken. Wenn wir trotzdem dem Junkerblatt die Ehre anthaten, uns mit ihm zu befassen, so geschah dies nur, weil der von ihm ausgegebene Waschkittel von der Kartellpresse, voran von dem Leiborgan des Herrn Bruno Sparig zu Leipzig, für die kommenden Wahlen zu fruktifiziren gesucht wurde.

## Mindestens 1000 Jahre Kerker durch das Sozialistengesetz.

In einem Artikel: Die „Wahlen und das Sozialistengesetz“ entwickelt die „Frankische Tagespost“ folgende Besprechung:

„Die in den letzten zehn Jahren in Deutschland in politischen Prozessen verhängten und erlittenen Freiheitsstrafen erreichen mindestens die Höhe von 1000 Jahren sage und schreibe: eintausend Jahren. Es klingt ungläublich, aber wir wiederholen, es ist das Minimum! Auch dem Ungläubigsten werden die tausend Jahre glaubhaft erscheinen, wenn wir nur ein paar Städte herausgreifen.

Von 1880 bis Oktober 1888 wurden in Leipzig 163 Jahre 2 Monate 3 Tage Gefängnis- und Zuchthausstrafe verhängt, daneben waren in Untersuchungshaft verbracht 21 Jahre 1 Monat 23 Tage, zusammen also: 184 Jahre 3 Monate 26 Tage.

In Berlin vom Oktober 1878 bis Oktober 1888 Strafhafte 56 Jahre 6 Monate 21 Tage und 32 Jahre 7 Monate und 20 Tage Untersuchungshaft, zusammen: 89 Jahre 2 Monate 11 Tage.

Hamburg-Altona hat in derselben Zeit 24 Jahre 11 Monate 22 Tage Strafhafte und 28 Jahre 9 Monate 7 Tage Untersuchungshaft, zusammen: 52 Jahre 8 Monate 29 Tage.

Spremberg hat 40 Jahre 10 Monate 14 Tage Strafhafte und 9 Jahre 4 Monate Untersuchungshaft, zusammen also 50 Jahre 2 Monate aufzuweisen.

Auch Bayern nimmt in dieser Beziehung keine „Reservat“stellung ein. München weist 33 Jahre 8 Monate 13 Tage Strafe, 6 Jahre 9 Monate 4 Tage Untersuchungshaft, zusammen also: 40 Jahre 5 Monate und 17 Tage Freiheitsstrafen auf. Landschut hat einen Meineidsprozeß mit 3 Jahren 1 Monat 14 Tagen Strafe, Ludwigshafen-Speyer hat 1 Jahr 6 Monate 5 Tage Strafhafte und 1 Jahr 4 Monate 8 Tage Untersuchungshaft, zusammen: 2 Jahre 10 Monate 13 Tage. Augsburg hat 11 Monate 8 Tage Strafe und 1 Monat Untersuchungshaft, zusammen also: 2 Jahr und 8 Tage. Nur Nürnberg macht eine Ausnahme mit 5 Monaten 14 Tage Strafe.

Ervägt man, daß diese 9 Städte allein eine Gesamtfreiheitsstrafe von 424 Jahren 4 Monaten 12 Tagen innerhalb 10 Jahren aufweisen, so ist die Gesamtziffer der unter der Aera des Sozialistengesetzes erlittenen Freiheitsstrafen mit 1000 Jahren jedenfalls nicht zu hoch angegeben.

Und nun vergegenwärtige man sich, was es heißt, aus dem Leben eines Proletariers auch nur ein Jahr auszuschöpfen. Wir fürchten, auch manche Richter haben die richtige Würdigung dieser Frage nicht erfahrt.

Von dem Elend, das über die Familie gebracht ist, von dem Groll und Haß, der in dem Verurtheilten leint, kein Wort zu sagen.

## Liebäugeleien der hentigen Sozialistenheker mit der Sozialdemokratie.

Bei den Reichstagswahlen im Herbst 1884 „erfreuten“ sich die Sozialdemokraten in einer Reihe von Wahlkreisen bei den Stichwahlen der Unterstützung der Konservativen und Nationalliberalen gegen die freisinnigen und andere Parteien. So in Magdeburg, wo bei der Stichwahl auf Geheiß des Polizeipräsidenten in Magdeburg die Kartellparteien den bisherigen freisinnigen Abgeordneten Büchtemann nicht unterstützten, sondern den sozialistischen Kandidaten. Ebenso traten in Hannover bei der Stichwahl zwischen Sozialisten und Deutsch-Hannoveranern für den Sozialisten Meister die Konservativen und Nationalliberalen ein. Bis dahin hatte der Deutsch-Hannoveraner Dr. Brühl den Wahlkreis vertreten. In gleicher Weise fiel 1881 Frankfurt a. M., welches bis dahin durch den Abgeordneten Sonnemann (Vollspartei) vertreten wurde, zum ersten Mal in die Hände der Sozialisten, indem bei der Stichwahl gegen Sonnemann die Konservativen und Nationalliberalen für den Sozialisten Sabor stimmten. In Gotha halfen die Nationalliberalen und Konservativen bei der Stichwahl dem Sozialisten gegen den bisherigen freisinnigen Abg. Dr. Barth. Man sieht, die hiebereien Kartellbrüder brauchten sich über die Sozialdemokratie gar nicht so sehr zu ereifern. Damals fürchteten sie für ihren Geldbeutel eine liberal-freihändlerische Mehrheit und da war ihnen der Sozialist ganz recht. Warum verfallen sie

nur heute gleich in Lobsucht, wenn die Sozialdemokratie sich irgendwo regt?

Auch Fürst Bismarck hat bekanntlich öfter mit der so viel geschmähten Partei die Friedenspeife zu rauchen versucht. Als am 26. November 1884 im Reichstage das Anwachsen der Sozialdemokratie zur Sprache kam, äußerte er wörtlich Folgendes:

*Ich bin über diese Vergrößerung gar nicht unglücklich. Je größer die Zahl der sozialistischen Abgeordneten wird, desto mehr wird ihnen die Ehrenpflicht obliegen, doch bald mit positiven Plänen hervorzutreten und zu sagen, wie sich in ihren Köpfen die Zukunft der Welt und die Verfassung gestaltet.*

Sie sind jetzt 25, das zweite Dutzend haben sie also; ich will ihnen noch das dritte geben. . . . Denn die Sozialdemokratie ist so, wie sie ist, doch immer ein erhebliches Zeichen, ein Meinetzel für die besitzenden Klassen dafür, daß nicht alles so ist, wie es sein sollte, daß die Hand zum Besseren angelegt werden kann, und insofern ist ja die Opposition, wie der Herr Abgeordnete sagte, ganz außerordentlich nützlich.

Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge sich vor ihr fürchteten, würden die mächtigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und insofern ist die Furcht vor der Sozialdemokratie in bezug auf diejenigen, die sonst kein Herz für seine armen Mitbürger hat, ein ganz nützlich Element. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Na, sehen Sie, in etwas sind wir doch einverstanden. (Weiterkeit)

### Die Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung in Deutschland.

Die deutsche Wahlkreiseinteilung ist bekanntlich in der Hauptsache auf Grund derjenigen Bevölkerungszahl geschieden, welche 1867 bei den Wahlen zum verfassunggebenden norddeutschen Reichstage bestimmend war.

Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten in Folge der steigenden Bevölkerung soll nach § 5 des Wahlgesetzes durch Gesetz bestimmt werden. Ein derartiges Gesetz ist aber bis heute nicht erlassen, sodaß die meisten Wahlkreise immer weiter über 100 000 Einwohner hinausgewachsen sind, aber das in ganz verschiedenem Grade. Besonders das Wahlrecht der großen Städte, die immer rascher wachsen, während das Land stabil bleibt oder gar zurückgeht, wird dadurch verhältnismäßig immer mehr geschmälert. (Vergl. hierüber Heft 10 der „Berliner Arbeiterbibliothek“).

Die Ungleichheit der Wahlkreise springt in die Augen, wenn man nach der „Post. Ztg.“ einige Ziffern aus der letzten Wahlstatistik zusammenstellt. Es zählten die

Wahlkreis.	Einwohner 1885.	Wähler 1887.	Eingeschriebene Wähler 1887.
Schaumburg-Lippe	37 204	8 128	
Lauenburg	49 861	11 587	
Neuß a. L.	55 904	12 467	
Waldeck	56 575	10 854	
Coburg	57 383	11 923	
Rappoltsweiler	61 791	12 422	
Löwenberg	63 243	14 557	
Dagegen zählten:			
Hamburg 3	212 768	47 800	
München 2	212 904	52 397	
Dortmund	214 405	44 556	
Charlottenburg	249 081	54 107	
Berlin 2	269 923	65 155	
Dochum	289 724	63 607	
Berlin 4	324 989	79 222	
Berlin 6	359 704	86 323	

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß der eine Kreis fast zehnmal so viel Einwohner hat als ein anderer und daß er mehr als doppelt so viel Wähler zählt als der andere überhaupt Einwohner. Die erstgenannten sechs Wahlkreise haben zusammen noch nicht so viel Einwohner wie einer der beiden zuletzt genannten.

Diese Gegensätze ließen sich leicht vervielfältigen. Am grellsten treten sie auf, wenn sie dicht nebeneinander liegen, so in Berlin selbst, wo der erste Wahlkreis nur 91 397 Einwohner mit 21 389 Wählern zählt und vor den Thoren Berlins, wo die Wahlkreise Ostpreignitz, Westpreignitz, Oberbarnim beziehungsweise 67 137, 72 349 und 79 981 Einwohner umfassen, oder in Schleswig, wo der zehnte Kreis noch nicht 50 000, der siebente über 171 000 Einwohner zählt, oder in Coburg-Gotha, wo der eine Wahlkreis eine Bevölkerungsziffer von 57 383, der andere von 141 446 aufweist.

Im allgemeinen zeigt die Statistik eine starke Verschiebung der Bevölkerung zu Gunsten der großen Städte und ihrer nächsten Umgebung, während zahlreiche ländliche Kreise einen Rückgang der Einwohnerzahl zu verzeichnen haben. Es ist deshalb die Behauptung zutreffend, daß durch die heutige Einteilung der Wahlkreise dem platten Lande ein ungerechtfertigtes Uebergewicht über die Zentralplätze des Gewerbestiefes verliehen wird.

Die nämliche Verschiebung macht sich auch für ganze Staaten geltend. So giebt es im Königreiche Sachsen keinen Wahlkreis, der unter der Normalziffer von 100 000 Einwohnern bliebe, dagegen sieben Kreise, welche schon 1885 einen Anspruch auf die doppelte Zahl von Mandaten hätten. Im Ganzen würde Sachsen nach dem ursprünglichen Maßstabe nicht mehr 23, sondern 32 Abgeordnete zu stellen haben.

Diese Ungleichheiten können nicht auf die Dauer aufrecht erhalten werden, zumal sie sich von Jahr zu Jahr verschärfen. Es muß jedes Rechtsgefühl verletzen, daß in einem Kreise das Wahlrecht dreimal oder zehnmal so viel

wertig sein sollte als in einem andern, und deshalb wird die Gesetzgebung Sorge tragen müssen, daß die thönlöchste Gleichheit wieder hergestellt werde.

Gerade die Sozialdemokratie, die in den rasch sich vermehrenden Großstädten und Industriebezirken ihre Hauptquartiere aufgeschlagen hat, wird durch die jetzige Wahlkreiseinteilung um eine große Anzahl von Mandaten betrogen.

## Zur Wahlbewegung.

An die Wähler des 3. Berliner Wahlkreises. Genossen, die am Tage der Wahl thätig sein wollen, werden ersucht, sich bei folgenden Herren zu melden:

- 6. Dimmid, Sebastianstr. 72 (Berner u. Co.)
- Fehlauer, Reichenbergerstr. 6, Hof part.
- Haberland, Reichenbergerstr. 161, vorn 3 Tr.
- Jakowski, Simonstr. 5, 4 Tr. bei Schaar.
- Meyer, Fürstenstr. 2, 4 Tr. bei Kupla.
- Müller, Schmidtstr. 39.

6. Berliner Wahlkreis. Folgende Genossen sind als Vertrauensmänner für die einzelnen Stadtviertel des 6. Berliner Wahlkreises am 29. Januar im „Weddingpark“ gewählt worden:

- 1. Gustav Peterson, Schankwirth, Veteranenstraße 22 (Schönhauser Vorstadt).
  - 2. August Hinz, Zimmerer, Demmlerstraße 8 (Rosenthaler Vorstadt).
  - 3. Reinhold Wäsel, Zimmerer, Dallborferstr. 4 (Wedding und Oranienburger Vorstadt).
  - 4. Franz Peters, Klempner, Stettinerstr. 46 (Gesundbrunnen).
  - 5. Heinrich Langhoff, Tischler, Vircenstraße 56 (Moabit).
- Genossen, welche gewillt sind, am Tage der Wahl für unseren Kandidaten Wilhelm Liebknecht thätig zu sein, werden ersucht, sich rechtzeitig bei einem dieser Vertrauensmänner in ihrem Stadtviertel zu melden. Außerdem werden Meldungen in jeder Wahlangelegenheit, sowie freiwillige Beiträge entgegengenommen bei:
- Kunst Jacob, Hochstraße 33, Hof 2. Etage.
  - R. Kaufmann, Bernauerstr. 114b, vorn 4. Etage.
- Bei den zuletzt angeführten sind auch Sammelstellen zur bevorstehenden Reichstagswahl zu haben.

Sammelstellen für gelese Exemplare des „Berl. Volksblatt“ und der „Volks-Tribüne“ sind im 3. Berl. Wahlkreis bei folgenden Herren errichtet:

- Börner, Ritterstraße 108.
- Krämer, Wasserthorstraße 20.
- Klein, Ritterstraße 15.
- Gründel, Dresdenerstr. 116.
- R. Baginski, Buchhandlung, City-Passage.
- G. Schulz, Kottbusplatz 40a.

Die Lokalkommission von Adlershof macht bekannt, daß die Lokalbesten Wölfein und Leopold sich weigern, ihre Lokale zu Arbeiterversammlungen herzugeben.

### Sozialdemokratische Kandidaturen.

- Baden.** 1. Wahlkreis (Bezirke Ueberlingen, Konstanz, Pfälzendorf, Meßkirch): Hans Arnold, Kaufmann in Konstanz.  
 2. Wahlkreis (Bezirke Bonndorf, Erlenberg, Engen, Bellingen, Donauchingen): Richard Bolderauer, Mechaniker in Karlsruhe.  
 3. Wahlkreis (Bezirke Waldmühl, Säckingen, Schopfheim, Neustadt): Friedrich Haug, Schuhmacher in Freiburg.  
 4. Wahlkreis (Bezirke Lörrach, Müllheim, Breisach): Friedrich Haug, Schuhmacher in Freiburg.  
 5. Wahlkreis (Bezirke Freiburg, Emmendingen, Waldkirch): Adolf Geel, Redakteur in Offenburg.  
 6. Wahlkreis (Bezirke Ruzingen, Ettienheim, Lahr, Wolfach): Wilhelm Hänsler, Schlosser in Mannheim.  
 7. Wahlkreis (Bezirke Offenburg, Oberkirch, Rehl): Adolf Geel, Redakteur in Offenburg.  
 8. Wahlkreis (Bezirke Achern, Bühl, Baden, Kastatt): Adolf Geel, Redakteur in Offenburg.  
 9. Wahlkreis (Bezirke Pforzheim, Gernsdorf, Ettlingen, Durlach): Wilhelm Vlos, Schriftsteller in Stuttgart.  
 10. Wahlkreis (Bezirke Karlsruhe, Bruchsal): Adolf Geel, Redakteur in Offenburg.  
 11. Wahlkreis (Bezirke Mannheim, Schwetzingen, Weinheim): August Dreeschbach, Kaufmann in Mannheim.  
 12. Wahlkreis (Bezirke Heidelberg, Rosbach, Neckargemünd): Wilhelm Hänsler, Schlosser in Mannheim.  
 13. Wahlkreis (Bezirke Sinsheim, Eppingen, Bretten, Hilstuppburg): Andreas Galmbach, Restaurateur in Karlsruhe.  
 14. Wahlkreis (Bezirke Luchan, Waldbrunn, Wertheim, Taubertshofheim): Friedrich Röber, Mechaniker in Mannheim.

- Sachsen.** 1. Regierungsbezirk Breslau.  
 1. Wahlkreis (Guhrau-Steinau-Wobslau): Horn.  
 2. (Milsch-Trebnitz): Heßig.  
 3. (Wartenberg-Dehs): Selig.  
 4. (Ramsau-Brieg): Schütz.  
 5. (Oblau-Rimptsch-Strehlen): Schütz.  
 6. (Stadt Breslau, östlicher Theil): Tugauer.  
 7. (Stadt Breslau, westlicher Theil): R. Kühn.  
 8. (Breslau-Neumarkt): Heßig.  
 9. (Striegnitz-Schweidnitz): Richter.  
 10. (Walddenberg): Kumer.  
 11. (Reichenbach-Neurode): Wegner.  
 12. (Wag-Habelschwerdt): Wegner.  
 13. (Frankenstein-Münsterberg): Wegner.  
 2. Regierungsbezirk Oppeln.  
 1. Wahlkreis (Grenzburg-Rosenbrg): Mazara.  
 2. (Oppeln): Mazara.  
 3. (Gr.-Streblitz-Stolcl): Liebknecht.  
 4. (Publitz-Lositz-Gleiwitz): Liebknecht.  
 5. (Beuthen-Tarnowitz): Liebknecht.  
 6. (Rattowitz-Jabrze): Liebknecht.  
 7. (Meh.-Mehrun): Bebel.  
 8. (Ratibor): Bebel.  
 9. (Leobschütz): Franke.  
 10. (Neustadt): Franke.  
 11. (Talkenberg-Grottkau): Bebel.  
 12. (Reiße): Bebel.  
 3. Regierungsbezirk Liegnitz.  
 1. Wahlkreis (Grünberg-Freibstadt): Haube.  
 2. (Sagan-Sprottau): Haube.  
 3. (Glogau): R. Kühn.  
 4. (Lüben-Bunzlau): Lorenz.  
 5. (Löwenberg): Keller.  
 6. (Haynau-Goldberg-Liegnitz): R. Kühn.  
 7. (Landsberg-Janer-Vollshagen): Richter.  
 8. (Schönberg-Hirschberg): Rammach.  
 9. (Labau-Görlitz): Keller.  
 10. (Rothenburg-Hejerswerda): Brel.

**Wahlkreis Calan-Luskan.** Die Sozialdemokraten stellen den Tischler Friedrich Zubeil-Berlin als Reichstagskandidat auf.

**Wahlkreis Ruppin-Templin.** Für diesen Kreis ist der Tischler und Möbelhändler Julius Apelt-Berlin als sozialdemokratischer Reichstagskandidat aufgestellt.

**Schleswig-Holstein.** 9. Wahlkreis (Segeberg-Oldesloe): Zigarrenmacher Steinfort-Flensburg.

10. Wahlkreis (Lauenburg): Zigarrenmacher Kollendorp-Kellinghusen.

## An die Zimmerer Deutschlands!

Auf zum Kongress!

In Halle a. S. hat am Sonntag, den 19. Januar 1890, eine Konferenz zwischen den beiden jetzt bestehenden Organisationen stattgefunden. Es ist beschlossen worden, daß zu Ostern d. J. ein einheitlicher Kongress der Zimmerer Deutschlands stattfinden soll. Die von der Konferenz Beauftragten bringen dieses hierdurch zur öffentlichen Kenntniss und laden sämtliche Zimmerer Deutschlands zur Beschickung des Kongresses ein.

Der Kongress findet in Gotha statt und nimmt seinen Anfang Ostermontag, den 7. April 1890.

Als Tagesordnung ist festgesetzt: „Wie ist eine einheitliche Regelung der Lohnbewegung unter den Zimmerern Deutschlands zu erzielen?“

Die Delegirten zu diesem Kongress müssen in öffentlichen Versammlungen gewählt werden. Wo öffentliche Versammlungen nicht stattfinden können, wolle man sich um Auskunft an einen der Unterzeichneten wenden. Die Anzahl der Delegirten bleibt den einzelnen Orten überlassen. Die Kosten für die Delegirten sind selbstredend von den einzelnen Orten aufzubringen.

Es ist noch beschlossen worden — und die Unterzeichneten machen speziell hierauf aufmerksam — von beiden jetzt bestehenden Organisationen ist die volle Kraft anzuwenden, und eine wirksame Agitation zu diesem Kongress zu entfalten. Die bis heute streitigen Punkte dürfen dabei unter keinen Umständen als Agitationsmittel benutzt werden, sondern alle Thätigkeit soll dahin gehen, daß der Kongress recht zahlreich beschickt wird und die Delegirten unbeeinträchtigt (durch äußere Kräfte) zu der Tagesordnung Stellung nehmen.

Die Beauftragten:

- H. Müllerstein, Hamburg, Holsteinischer Kamp 13, 1.
- A. Bringsmann, Magdeburg-Sudenburg, Nicolaistraße 3.

## Literarisches.

**Von der „Neuen Zeit“**, Stuttgart, Verlag von J. G. B. Diez, ist soeben das 2. Heft des 8. Jahrgangs erschienen.

Inhalt: Abhandlungen: Die Arbeiterbewegung in Oesterreich. Von Karl Kautsky. — Die Kriminalität in Frankreich von 1840 bis 1885. Untersuchungen über ihre Entwicklung und ihre Ursachen. Von Paul Lafargue (Fortsetzung). — Ueber die Gastpflicht der Unternehmer in Ungarn. Von Dr. G. W. J. Krejci (Budapest). — Das Frauenstudium in der Schweiz. Von G. Lübeck. — Hamlet und Don Quixote. Von Iwan Turgenjew. Aus dem Russischen übersetzt von Julie Jadel.

**Vom „Achtstündigen Arbeitstag“** (Organ des auf Grund der Beschlüsse des Pariser internationalen Arbeiterkongresses in Zürich niedergelegten Exekutivkomitees) ist unterm 25. v. Mts. die zweite Nummer erschienen. Dieselbe enthält außer einigen kleineren Notizen einen Artikel über „Die Arbeitszeit in Frankreich“ von G. Denille (Paris), ferner einen Artikel, handelnd vom Achtstündentag unter dem Titel „Nicht Zweck, sondern Mittel“ von F. Domela Nieuwenhuis (dem einzigen sozialdemokratischen Abgeordneten in der holländischen Kammer), sowie ausführliche Mittheilungen über die englische Arbeiterbewegung. Von nun an wird das Blatt regelmäßig alle 14 Tage erscheinen. Wir empfehlen den „Achtstündigen Arbeitstag“ wärmstens zum Abonnement. (Redaktion und Expedition: C. Müller-Regel, Basel, Spalenvortstadt 3.)

## Briefkasten.

**Abonnet.** Sie haben allerdings bestellt, aber vergessen, Adresse beizufügen. — In Berlin bitten wir, Bestellung immer bei Zeitungsredaktion zu bewirken, am besten bei demselben, der schon irgend ein tägliches Blatt bringt.

**Wrtig.** Leider nicht bekannt.

**Hoffmann, Halle.** Manuskript vollständig unleserlich.

**Oesterreich.** Eine deutsche Ausgabe von Bellamy existirt, taugt aber nichts und ist theuer. In Kürze wird eine bessere Ausgabe erscheinen.

**Berlin I:** Gottfr. Schulz. II: Jantkewsky. III: Bildeberger. IV: Singer. V: Auerbach. VI: Liebknecht.

**J. K. Berlin.** 40 Pf. für den Wahlford erhalten und abgeliefert.

## Berliner Arbeiterbibliothek.

### Zur Beachtung!

Wir gedenken, während der Wahlbewegung, die unsere und unserer Mitarbeiter Kräfte voll in Anspruch nimmt, kein weiteres Heft erscheinen zu lassen, dann aber rasch die erste Serie (Heft 1—12) zum Abschluß zu bringen.

Die zweite Serie hoffen wir mit einer größeren Arbeit von Mag Schippel eröffnen zu können:

**Der Sozialismus und der Staatssozialismus**

**der Gegenwart. Zur Kritik unserer inneren Entwicklung, sowie des sozialdemokratischen Programms.**

Wir bitten, die günstige Zeit der Wahlbewegung zu eifriger Agitation für die „Berliner Arbeiterbibliothek“ auszunutzen. Die notwendige Anklärung der Massen bedingt auch eine Massenverbreitung aller Flugchriften und Broschüren unserer Partei. Die Massenverbreitung ist auch die Voraussetzung dafür, daß literarisch immer Besseres und Reichhaltigeres geboten werden kann.

Wir dürfen bei den deutschen Genossen wohl um so eher regste Unterstützung erwarten, als jede Mehreinnahme der „Berliner Arbeiterbibliothek“ lediglich zur Verbesserung bez. Verbilligung unserer Broschüren dienen soll und der Kontrolle angesehener Parteigenossen unterliegt.

Für alles Nähere verweisen wir auf die umstehende

Announce.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.